

1 **Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken –**
2 **Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für Brandenburg.**

3
4 Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2009

5 Beschluss der 3. Tagung des 1. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN
6
7

8
9
10
11 **Worum es geht in diesen Zeiten..... 3**

12 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und**
13 **ökologisch erneuern..... 5**

14 Von Arbeit muss man leben können 5

15 Öffentlich geförderte Beschäftigung..... 6

16 Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung..... 6

17 Förderinstrumente anpassen..... 7

18 Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern..... 7

19 Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen 8

20 Zukunftsfaktor Tourismus 8

21 Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung..... 9

22 In der Region verankern, was Brandenburg kann 9

23 Forstwirtschaft..... 10

24 Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial 10

25 Energiewende forcieren..... 10

26 Umweltschutz durch Konversion plus Beschäftigungsförderung 13

27 Verantwortung für die Natur 13

28 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder.**
29 **Bezahlbare Lebensumstände für alle 15**

30 Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle 15

31 Kinder vor Armut schützen 16

32 Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen 16

33 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen 17

34 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an..... 19**

35 Was wir haben – und was wir brauchen..... 19

36 Für ein Höchstmaß an individueller Förderung..... 19

37 Auf den Anfang kommt es an..... 20

38 Eine Schule für alle 20

39 Gutes Personal 21

40 Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend 21

41 Qualifizierte Berufsausbildung 22

42	Eine neue Hochschulpolitik	22
43	Soziales Studium – Soziale Hochschule	23
44	Qualität der Lehre.....	23
45	Demokratie in der Hochschule.....	23
46	Freiheit von Forschung und Lehre	24
47	Hochschulzugang.....	24
48	Weiterbildung.....	24
49	Kultur für alle gewährleisten	25
50	Kulturelle Bildung.....	25
51	Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen.....	26
52	Musikschulen.....	26
53	Theater und Bibliotheken.....	27
54	Mehr Mut zu Entscheidungen	27
55	Medien.....	27
56	4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken,	
57	Toleranz leben.....	28
58	Starke Kommunen	28
59	Zentrale Orte.....	28
60	Interkommunale Zusammenarbeit.....	29
61	Auskömmliche Kommunalfinanzierung	29
62	Wohnen ist Menschenrecht.....	30
63	Umweltgerechte Mobilität für alle sichern.....	30
64	Verkehrspolitischer Kurswechsel.....	31
65	Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen	31
66	Gesundheitsversorgung	32
67	Brandenburgs Jugend	32
68	Sport	33
69	Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger.....	33
70	Stärkung der Bürgerrechte	34
71	Öffentliche Sicherheit	34
72	Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen.....	35
73	Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten.....	35
74	Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken.....	36
75	Brandenburg-Berlin – eine Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt	36
76	Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße	37
77	Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden.....	37
78	5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen.....	39
79	Es ist an der Zeit.....	41
80		

81 ***Worum es geht in diesen Zeiten***

82 Es ist Zeit, vieles neu zu ordnen. Brandenburg, Deutschland und die Welt stecken in einer tiefen Krise.
83 Deren Folgen müssen begrenzt und die Bürgerinnen und Bürger vor ihnen geschützt werden.
84 Arbeitsplätze sind zu erhalten – für Stammbeschaften wie für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.
85 Es gilt, Existenzen zu sichern, Erspartes zu bewahren. Und: Es muss an die Wurzeln gehen. Die Welt
86 nach der Krise darf nicht dieselbe sein wie vorher.

87 In einem Wirtschaftssystem, wie dem gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus in dem Geld und
88 Gewinn der Maßstab aller Dinge sind, ist mehr nötig als der Appell an allgemeine Werte und
89 Verantwortungsbewusstsein, mehr als die moralische Verurteilung von Gier und Egoismus, um soziale
90 Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung zu bringen. Notwendig sind
91 gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben: Rendite und Vernunft, kurzfristiger Gewinn
92 und Nachhaltigkeit, Profit und Gemeininteresse, Gesellschaft und Individuum, Staat und Markt,
93 Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und Lebensweise – all diese Beziehungen müssen neu geordnet
94 werden Wer sich ökonomisch und finanziell der Verantwortung entzieht, muss von der Gesellschaft zur
95 Verantwortung gezogen werden können. Sinngemäß soll es innerhalb der Unternehmen laufen.
96 Aufsichtsräte müssen tatsächlich und mit Konsequenz Aufsicht führen; Mitarbeiterinnen und
97 Mitarbeiter mit bestimmen können. Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt und Schritt
98 für Schritt weiter entwickelt werden. Unser Weg ist der sozialökologische Umbau, die solidarische
99 Erneuerung und die konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Idee des
100 demokratischen Sozialismus bleibt unser Ziel. Darum geht es in diesen Zeiten. Darum geht es der
101 LINKEN.

102 Es ist gut, wenn die SPD Kraft zur Selbstkritik aufbringt – zur Selbstkritik daran, dass man sich der
103 Logik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verschrieben hat. Es ist gut, wenn sich sogar der
104 brandenburgische Ministerpräsident angesichts dessen auf die Ideen eines demokratischen
105 Sozialismus besinnt. Doch was nutzt das, wenn der Koalitionspartner CDU sich dem in den Weg stellt?
106 Der Weg vom Bekenntnis zur politischen Tat ist spätestens dann blockiert. Bekenntnisse allein aber
107 reichen heute nicht aus. Wir, die LINKEN, wollen, dass jetzt politisch gehandelt wird – konkret, hier
108 und heute, im Interesse der Menschen.

109 Wir verstecken uns auch jetzt, in der weltweiten Krise, nicht hinter der Globalisierung. Brandenburg
110 selbst ist Teil der Welt, die diese Krise hervor gebracht hat. Beginnen wir also hier und von hier aus,
111 unsere Welt in Ordnung zu bringen.

112 Denn auch in Brandenburg ist es Zeit, vieles neu zu ordnen. Als die Krise ausbrach, war unser Land
113 noch lange nicht auf einem gesunden Entwicklungsweg zu stabilem Wohlstand für alle. Sicher: Die
114 schlimmen Turbulenzen nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Wüten der Treuhandanstalt
115 waren vorbei. Viele von uns haben einiges erreicht. Sie haben für sich und das Land etwas aufgebaut –
116 und so auch ernsthaft etwas zu verlieren. Doch die Gefahr begann schon vor der Krise. Galoppierende
117 Preise und nicht mit haltende bescheidene Einkommen, immer mehr niedrige Bezahlung und
118 schlechte Arbeitsverhältnisse – das alles untergrub das, was in Brandenburg erreicht worden war. Für
119 viele andere hatte zudem die persönliche Katastrophe schon viel eher begonnen und dauert immer
120 noch an: durch Langzeitarbeitslosigkeit – teils schon über Generationen – und Armut unter dem Druck
121 von Hartz IV. Wieder andere – und es werden immer mehr – arbeiten von früh bis spät und erhalten
122 dafür doch so wenig, dass sie eine Aufstockung aus dem Hartz-IV-Topf benötigen, um wenigstens
123 dieses Mindestniveau zu erreichen.

124 Schließlich die Kinder und Jugendlichen. In Brandenburg gilt: Je jünger, desto höher das Armutsrisiko.
125 Was für ein Skandal! Materielle Armut geht einher mit schlechteren Bildungschancen und höheren
126 Gesundheitsrisiken. Unser Schulsystem ist nicht geeignet, alle jungen Menschen gut auf Leben und
127 Beruf vorzubereiten. Die Hochschulen sind überlastet, die Qualität der Lehre steht in der Kritik.
128 Berufseinsteiger finden schwer Arbeit.

129 Brandenburg ist zudem ein Land mit großen Verwerfungen. Bei Verdienst und Einkommensniveau der
130 privaten Haushalte gibt es gewaltige regionale Unterschiede. Große Teile des Landes leiden weiter
131 unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik.

132 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.
133 Die Landesregierung hat sich bemüht, bestimmte Fehler der Vergangenheit – wie die
134 Geldverschwendung für illusionäre Großprojekte – zu vermeiden. Aber sie hat neue Fehler gemacht.
135 Sie hat dem Abbau des traditionellen Sozialstaates zugestimmt – außer der Idee eines neuen,
136 „vorsorgenden“ Sozialstaates aber nichts an dessen Stelle gesetzt, was Armut durchgreifend
137 verhindert und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gesichert hätte. Sie hat auf die Stärken des Landes
138 gesetzt, ohne damit seinen Schwächen einen helfenden Impuls geben zu können. Sie hat auf
139 Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt – aber keine neue Kraft schaffen können.

140 Viele im Land hegen einerseits die Hoffnung, Brandenburg sei nun auf dem richtigen Weg. Doch
141 andererseits sieht eine Mehrheit im Land: die Verhältnisse sind nicht gerechter geworden, die
142 Lebensverhältnisse haben sich nicht nachhaltig zum Positiven gewendet.

143 Was ist jetzt zu tun?

144 Wir wollen das, was im Guten den Lebensstandard in Brandenburg ausmacht, verteidigen, erhalten
145 und ausbauen. Wir wollen, dass diejenigen, die davon bislang nicht profitieren konnten, künftig daran
146 teilhaben. Wir wollen, dass das dann Erreichte krisenfester ist.

147 Stabilisierung und Wandel, soziale Sicherung und ökologischer wie ökonomischer Fortschritt, eine
148 gestärkte Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat, Krisenbewältigung und Arbeit an der
149 Zukunft müssen gewährleistet werden und Hand in Hand gehen.

150 Im Zentrum unserer politischen Bemühungen stehen:

151 ⇒ Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann und ein sozialökologischer Umbau der
152 Gesellschaft,
153 ⇒ soziale Sicherung, Bekämpfung von Armut, bezahlbare Lebensumstände und bessere
154 Lebensbedingungen für Kinder,
155 ⇒ gute Bildung und Kultur für alle sowie der,
156 ⇒ Anspruch eines jeden darauf, in einem funktionierenden verlässlichen Gemeinwesen leben zu
157 können.

158 Wandel auf breiter Front tut not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken, auch nicht
159 finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess politischer,
160 gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen in Gang zu setzen – und an den
161 richtigen Stellen zu beginnen. Deswegen machen wir in unserem Wahlprogramm 2009 politische
162 Schlüsselvorhaben deutlich, mit denen wir den Wandel dafür einleiten wollen. Es sind Vorhaben, mit
163 denen wir auf zentrale Erwartungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger reagieren. Es sind
164 Vorhaben, die sich aus der bisherigen Landesentwicklung als nächster logischer Schritt ergeben,
165 wenn man das Positive in Brandenburg wahren, ausbauen und für alle wirksam machen will. Es sind
166 Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Es
167 sind Vorhaben, die für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg
168 gehören – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches,
169 zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

170
171

172 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und**
173 **ökologisch erneuern**

174

175 **Von Arbeit muss man leben können**

176 Durch die Krise sind auch in Brandenburg tausende Arbeitsplätze bedroht. Viele Unternehmen haben
177 bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Es ist richtig, dass die Bezugsdauer
178 für Kurzarbeitergeld verlängert wurde. In Verbindung mit Weiterbildung und Qualifizierung kann dies
179 zukünftige Beschäftigungsperspektiven verbessern. Arbeitsmarktpolitik und Sicherung von
180 Wirtschaftsstandorten sind aufs engste verzahnt, soziale Verantwortung erweist sich als
181 „Standortfaktor“ von existenzieller Bedeutung. So kann es aussehen, wenn soziale Verantwortung und
182 wirtschaftliche Vernunft zusammen finden. Die Landesregierung hat demgegenüber bislang auf eine
183 Niedriglohnstrategie gesetzt; der CDU-Wirtschaftsminister hat offensiv für Brandenburg als
184 Billiglohnland geworben. Diese Politik hat sich nicht ausgezahlt. Brandenburgs Wirtschaft ist auf
185 dieser Grundlage nicht stabiler geworden. Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und
186 Arbeitnehmer, aber auch Schulabgängerinnen und Schulabgänger wandern ab, weil sich ihnen in
187 anderen Bundesländern bessere Einkommens- und damit Lebensperspektiven bieten. Das Wort vom
188 Fachkräftemangel macht auch angesichts dessen schon lange die Runde – und das Problem wird sich
189 noch verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird.

190 Deswegen muss sich etwas ändern: Von guter Arbeit muss man vernünftig leben können. Deswegen
191 fordern wir ein Bundesgesetz, das flächendeckend und generell einen Existenz sichernden
192 Mindestlohn, Flächentarifverträge, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, sowie eine hohe
193 Tarifbindung der brandenburgischen Unternehmen müssen angestrebt werden. Mit dem Flickwerk der
194 Großen Koalition im Bund muss Schluss sein! Was existenznotwendig für Menschen ist, hängt nicht
195 davon ab, in welcher Branche sie beschäftigt sind, ob sie zur Stammebelegschaft oder zu
196 Zeitarbeitsfirmen gehören. Und auch nicht von ihrer Nationalität. Wir sind für eine europaweite
197 Arbeitnehmerfreizügigkeit – sie dient nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem kulturellen
198 Austausch. Sie ist für uns nicht in erster Linie Teil der unternehmerischen, sondern vor allem der
199 individuellen Freiheit der Menschen. Doch so wird sie sich nur auf der Grundlage europäischer sozialer
200 Standards entfalten – andernfalls führt sie zur Ausbreitung von Dumpinglöhnen und prekärer
201 Beschäftigung. Wenn wir für solche europäischen Standards kämpfen, dann gehört der Mindestlohn in
202 Deutschland dazu. In fast allen anderen EU-Ländern ist er bereits Realität. Wir werden deswegen
203 keiner Landesregierung beitreten, die sich nicht zum Kampf für einen Existenz sichernden
205 gesetzlichen Mindestlohn verpflichtet. Und wir werden im
207 Parlament und auf der Straße offensiv für den gesetzlichen
209 Mindestlohn kämpfen.

211 Im Land selbst arbeiten wir für ein Landesvergabegesetz, damit
213 der Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen an tarifliche und soziale
215 Mindeststandards gebunden wird. Wer öffentliche Aufträge
216 ausführt, muss seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Tariflöhne zahlen – mindestens jedoch
217 auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns.

218 Öffentliche Förderung für Unternehmen sollte nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, sondern auch
219 an die Qualität von Arbeit gebunden werden – also auch hier an eine faire Bezahlung und an Fragen
220 wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird oder ob das Recht der
221 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt ist, einen Betriebsrat zu wählen. Mit öffentlichen
222 Geldern für die Wirtschaft darf kein Lohndumping gefördert werden. Dies zieht nur weiteren
223 Finanzbedarf nach sich, um die negativen sozialen Folgen auszugleichen. Auch das ist gemeint, wenn
224 soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammen gebracht werden sollen.

225

**Schlüsselvorbaben 1:
Landesvergabegesetz – tarifliche
und soziale Mindeststandards bei
öffentlichen Aufträgen**

226 Öffentlich geförderte Beschäftigung

227 Unser Ziel ist es, dass alle durch Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, sich durch Arbeit selbst
228 verwirklichen und durch Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Vergegenwärtigen wir
229 uns allerdings die ernstesten, langwierigen Probleme in unserem Land – etwa die verfestigte
230 Langzeitarbeitslosigkeit oder die seit langem hohe Zahl älterer Arbeitsloser über 50 Jahre –, dann wird
231 deutlich, dass Vollbeschäftigung in Brandenburg auf herkömmliche Weise in absehbarer Zeit nicht zu
232 erreichen ist.

233 Aber: Wir können dennoch vielen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, eine
234 berufliche Perspektive schaffen – und zwar in öffentlich geförderter Beschäftigung. Wir setzen nicht
236 auf perspektivlose Ein-Euro-Jobs oder Billig-Bürgerarbeit. Ein
238 solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)
240 organisiert sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit, die
242 weder von privaten Unternehmen noch von der öffentlichen
244 Verwaltung bereitgestellt wird. Damit ist der ÖBS zwischen Markt
246 und Staat angesiedelt und soll Arbeitslosen neue berufliche
248 Perspektiven und sozialversicherungspflichtige sowie Existenz
249 sichernde Arbeitsverhältnisse eröffnen. Gleichzeitig wird darüber sinnvolle Arbeit verrichtet, die
250 Ausgrenzung verhindert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Finanziert werden sollen die
251 Beschäftigungsverhältnisse mit den Mitteln, die derzeit für Arbeitslosigkeit verwandt werden, also das
252 Arbeitslosengeld II, die Wohnungskosten, die Sozialversicherungsbeiträge und die
253 Aufwandsentschädigung bei einem Ein-Euro-Job. Diese Summe wollen wir mit Landesmitteln sowie
254 Geldern aus dem europäischen Sozialfonds aufstocken, damit die Beschäftigten im ÖBS mindestens
255 1400 Euro brutto im Monat erhalten. Solange der Bund nicht bereit ist, diese Form der Finanzierung
256 zuzulassen, nutzen wir die verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente und schaffen damit bis zu
257 15000 Stellen.

258 Die Betreuung Arbeitsloser in zwei Rechtskreisen (SGB II und SGB III) ist unbefriedigend. Durch eine
259 Zusammenführung muss gewährleistet werden, dass Arbeitsuchende gleichberechtigt betreut und
260 gefördert werden. Die Regionalisierung von Arbeitspolitik muss dieses Ziel unterstützen und zur
261 Erzeugung zusätzlicher Beschäftigungseffekte beitragen.

262

263 Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung

264 Dass Profittreiberei und blanke Marktlogik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so dominierten
265 – genau das hat in die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise geführt. Massenarbeitslosigkeit,
266 Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung heute führen schließlich auch zur finanziellen Schwächung
267 der sozialen Sicherungssysteme und bis zum Verlust von Rentenansprüchen; das Risiko von
268 Altersarmut wächst dramatisch.

269 Jetzt steht ein Kurswechsel auf der Tagesordnung – ein Kurswechsel zu solidem Wirtschaften, zu guter
270 Arbeit und zu guter Rente. Darauf müssen Staat und Gesellschaft hinwirken.

271 Linke Wirtschaftspolitik verfolgt daher einen komplexen, gestalterischen Ansatz. Sie ist mehr als
272 Förderpolitik und umfasst Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Einfluss auf
273 Preisbildung, Regulierung von Netzzugängen und nicht zuletzt auch die Stärkung tariflicher, sozial- und
274 arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen
275 sowie Gewährleistung demokratischer Teilhabe, z. B. durch Ausweitung der kollektiven
276 Mitbestimmung in Unternehmen. Wirtschaftspolitik muss mit der Regionalentwicklung verzahnt
277 werden und die Lage unseres Landes an der deutsch-polnischen Grenze muss berücksichtigt werden.

278 Zentrale Elemente sind die Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen und der
279 Umbau der Wirtschaftsförderung unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten, damit sich die Wirtschaft
280 nachhaltig und selbsttragend entwickeln kann.

281

282 Wir konzentrieren uns sowohl darauf, die Substanz der klein- und mittelständisch geprägten

**Schlüsselvorbaben 2:
15.000 ordentliche Arbeitsplätze im
öffentlich geförderten
Beschäftigungssektor**

283 Unternehmensstruktur des Landes zu bewahren und die industriellen Kerne zu stärken, als auch
284 darauf, neue Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen zu erschließen. Brandenburgs Chance liegt vor
285 allem bei neuen Industrien und Dienstleistungen, bei Wissenschaft und Innovation, wie z.B. die
286 Biotechnologie, die erneuerbaren Energien, die Umwelttechnologie. Vor dem Hintergrund des
287 tatsächlichen Leistungsspektrums der Region Brandenburg-Berlin sind international herausragende
288 Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Medien und die Gesundheitswirtschaft besonders zu unterstützen.
289 Das wird nur gelingen, wenn Brandenburg institutionell und politisch mit Berlin zusammenwirkt und
290 sich eng mit der Metropole im Herzen des Landes abstimmt, um die gemeinsamen Potenziale heben
291 zu können. Für die regionale Entwicklung und Wertschöpfung sind in den ländlichen Regionen die
292 Agrar-, Holz- und Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung.

293

294 **Förderinstrumente anpassen**

295 Wir stehen für einen Umbau der Förderlogik und Förderstruktur im Land Brandenburg.

296 Wir gehen von einer Grundförderung in allen Regionen des Landes Brandenburg aus. Dabei allerdings
297 sollen neben herkömmlichen Subventionen mehr und mehr Darlehen und Zinsvergünstigungen eine
298 wichtige Rolle spielen.

299 Klassische Zuschüsse wird es auch weiterhin geben – für die gezielte Förderung von innovativen
300 Branchen und tragfähigen Netzwerken, für die Förderung und Stärkung von regionalen
301 Wertschöpfungsketten, grenzüberschreitenden Kooperationen sowie für Forschung und Entwicklung
302 in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie für den Transfer Wissenschaft–Wirtschaft.

303 Nach wie vor ist das Hauptproblem der brandenburgischen Unternehmen die Eigenkapitalschwäche.
304 Das Bürgschaftssystem soll deshalb zur Stärkung der Eigenkapitalsituation ausgebaut werden.

305 Der Umbau der Förderlogik, den wir planen, könnte durch eine andere Kombination der
306 Fördermöglichkeiten, durch die Neuordnung der Verantwortlichkeiten sowie durch eine bessere
307 Nutzung der bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen 100 Mio Euro Finanzmasse
308 inhaltlich ersetzen. Der Schwerpunkt Zuschussfinanzierung in der Wirtschaftsförderung ist verstärkt
309 mit der Darlehensfinanzierung zu ergänzen. Wir streben bis 2012 Darlehensfonds in einer Höhe von
310 250 Mio Euro an.

311 Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU-Strukturfonds ist zur Überprüfung der Ziele der
312 operationellen Programme der EU zu nutzen. Die Programme sind dann in Abstimmung mit den EU-
313 Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der
314 Landesregierung und ihre jeweiligen Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres
315 Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben zu erreichen, die dann auch nachhaltige
316 Effekte bewirken.

317

319 **Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start 321 erleichtern**

323 95,6 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in
325 Brandenburg sind Kleinstunternehmen mit weniger als zehn
327 Beschäftigten und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro. Sie sind
329 klein, haben aber große Bedeutung für Wirtschaft und
331 Arbeitsplätze, leisten einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige
332 Entwicklung und sind regional verankert. Sie verdienen besondere Unterstützung – und für diese
333 Unterstützung braucht es besondere Instrumente. Oftmals sind es nur kleine Beträge, die fehlen, und
334 herkömmliche Finanzierungswege über die Hausbank fallen aufgrund der schwachen
335 Eigenkapitalausstattung aus. Deshalb wollen wir für klein- und mittelständische Unternehmen, für
336 Handwerk und freie Berufe ein Mikrofinanzierungsprogramm auflegen.

337 Zur Förderung von Innovationen und der Kreativwirtschaft wollen wir einen Start-up-Fonds auflegen.
338 Mit Hilfe eines solchen revolving Fonds sollen Unternehmen bzw. ihre Ideen finanziell gefördert

**Schlüsselvorbaben 3:
Mikrokredite für
Kleinunternehmen, Handwerk
und Freie Berufe &
Start-Up-Fonds**

339 werden, die nicht auf bankenübliche Finanzierungsinstrument bauen können. Der Fonds wird
340 Unternehmen sowohl in der Vorgründung, während der Gründung als auch bei Erweiterungen zu Gute
341 kommen.

342

343 **Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen**

344 Die SPD-CDU-Regierung hat in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet und
345 dabei Schwerpunkte nach Wirtschaftsbereich und Region gesetzt – es kam zu 17
346 Branchenkompetenzfeldern und 15 Regionalen Wachstumskernen. Wir sagen: Brandenburg braucht
347 eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung von Zukunftsbranchen, die überregional bzw.
348 international von Bedeutung sind. Und die müssen unabhängig von der räumlichen und regionalen
349 Verortung nach ihrem Innovationspotenzial und ihren Entwicklungschancen bestimmt und gezielt
350 gefördert werden. Entwicklung muss dort unterstützt werden, wo sie sich vollzieht.

351 Deswegen wollen wir eine kritische Prüfung des Systems der Regionalen Wachstumskerne und
352 Branchenkompetenzfelder, das die Landesregierung in den letzten Jahren eingeführt hat, sowie eine
353 generelle ressortübergreifende Bestandsaufnahme der Förderpolitik und der Förderprogramme
354 einschließlich der Landesentwicklungsplanung. Mit Blick auf die Regionalen Wachstumskerne wollen
355 wir klären, ob alle Städte oder Städteverbünde, die die Kriterien für einen regionalen Wachstumskern
356 erfüllen, tatsächlich in das regionale Wachstumskonzept aufgenommen worden sind. Zudem geht es
357 um die Kriterien selbst. Geeignet sind aus unserer Sicht Messlatten wie Beschäftigungswirksamkeit,
358 Nachhaltigkeit, infrastrukturelle Vernetzung, Umlandfunktion, Stärkung der Wirtschaftssubstanz,
359 Profilierung der Branchenschwerpunkte u. ä. Auf diesem Wege entsteht ein integrativer Förderansatz,
360 mit dem es gelingt, dass keine Region abgehängt wird.

361 Wir wollen darüber hinaus eine allgemeine Grundförderung in allen Regionen Brandenburgs sichern.
362 Sie stützt sich auf drei Säulen:

- 363 - die Stabilisierung und Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen unabhängig von
364 ihren Standorten
- 365 - die stärkere Vernetzung von Fördermöglichkeiten der europäischen Fonds EFRE, ESF und
366 ELER
- 367 - die Kommunalfinanzierung.

368

369 **Zukunftsfaktor Tourismus**

370 Ein weiteres Standbein der brandenburgischen Wirtschaft ist der Tourismus. Dieser trägt nicht
371 unerheblich zur Wertschöpfung im Land bei und schafft und sichert zahlreiche Arbeitsplätze auch im
372 ländlichen Raum. Die Potenziale sind aber noch längst nicht ausgeschöpft. Sowohl die geografische
373 Lage im Zentrum Europas als auch die natürlichen Gegebenheiten Brandenburgs bieten gute
374 Voraussetzungen, um in enger Abstimmung mit Berlin den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiter
375 auszubauen. Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung des Landestourismusverbandes, der
376 Tourismus Marketing Brandenburg GmbH und der Tourismusakademie Brandenburg und eine noch
377 stärkere Vernetzung der Akteure im Tourismus. Die Initiativen zur Verbesserung von Dienstleistungen,
378 Service und Qualität sind fortzuführen und weiter zu entwickeln. Bei der Fortschreibung der
379 Landestourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale Anforderungen stärker
380 berücksichtigt werden. So ist die Barrierefreiheit von touristischen Angeboten bei weitem noch keine
381 Selbstverständlichkeit. Wir wollen den sanften Tourismus pflegen und fördern, der sowohl dem
382 Bedürfnis nach Erholung und Bildung wie auch den Erfordernissen von Natur und Umwelt gerecht
383 wird. Dazu gehört auch ein „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus“.

384

385 **Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung**

386 Wir planen eine wirkliche Agrarwirtschaftsinitiative. Sie zielt darauf, Brandenburgs moderne Agrar- und
387 Forstwirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung sowie als Anker für Existenz sichernde
388 Einkommen und für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten zu stabilisieren
389 und zu entwickeln. Und wir wollen ihre Perspektive im Zusammenhang mit dem Aufbau einer
390 regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in den ländlichen Raum stärken.

391 Dazu sind stabile Agrarstrukturen notwendig. Es bedarf einer Bodenpolitik, die die Brandenburger
392 Landnutzer stärkt, und einer Grundförderung für ländliches Gewerbe in allen Regionen. Der Boden als
393 Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum Spekulationsobjekt von
394 Finanzjongleuren werden. Den EU-Beschlüssen zur Benachteiligung der ostdeutschen Agrarstrukturen
395 werden wir wirksame Förderinstrumente entgegenzusetzen und nicht zulassen, dass auch die
396 Bundespolitik ostdeutsche Agrarstrukturen benachteiligt, wie bereits bei der Besteuerung des
397 Agrardiesel geschehen. Der Verbleib der finanziellen Mittel in unseren ländlichen Regionen muss
398 unbedingt gesichert werden. Positiv ist die Unterstützung der EU für eine öffentlich geförderte
399 Mehrgefahrenversicherung vor Witterungsereignissen und anderen Schäden.

400 Wir wollen Agrarpolitik so gestalten, dass sie wieder stärker als Strukturpolitik wirkt und regionale
401 Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung hier im Land Brandenburg
402 erfolgt. Die Stellung der Landwirte am Markt muss deutlich gestärkt und die Marktmacht der
403 Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire Preise besonders in der
404 Milchproduktion zu sichern. Vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von
405 Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften sind ein wirksames Mittel, die Interessen der
406 Bäuerinnen und Bauern zu bündeln und zu schützen, aber gleichzeitig auch den Erfordernissen
407 modernen Wirtschaftens zu entsprechen. Wir streben regional angepasste, umwelt- und
408 tierschutzkonforme Tierhaltungssysteme an.

409

410 **In der Region verankern, was Brandenburg kann**

411 Dabei gilt es, aus einer widersprüchlichen Entwicklung heraus Potenziale zu nutzen und Blockaden zu
412 überwinden:

413 Einerseits gibt es in Brandenburg moderne Agrarbetriebe, die unsere Landwirtschaft zu einer der
414 produktivsten in Europa machen und die fest in den internationalen Netzwerken der
415 Nahrungsmittelproduktion eingebunden sind. Andererseits haben sie kaum Verbindung zu den lokalen
416 und regionalen Marktstrukturen. Milchpulver wird nach China exportiert; aber frische Milch schafft es
417 nur schwer in die Regale der großen Discounter in der Region, seien sie in Berlin oder Brandenburg.

418 Einerseits ist Brandenburg im ökologischen Landbau Spitzenreiter; im Metropolenraum von Berlin
419 konnte er sich mittlerweile einen stabilen Absatzmarkt erobern. Andererseits gibt es im
420 konventionellen Bereich von Landwirtschaftsprodukten zu wenige Verbindungen zwischen Metropole
421 und Umland. Da teilweise die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten nicht befriedigt werden
422 kann, setzen wir uns für eine Erweiterungsförderung des ökologischen Landbaus ein. Dafür streben
423 wir eine Erhöhung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämie an. Die brandenburgische
424 Ernährungswirtschaft ist im überregionalen Durchschnitt deutlich zurückgefallen; im Vergleich der
425 ostdeutschen Länder steht sie an letzter Stelle.

426 Das Schlüsselprojekt „Aktionsbündnis für Brandenburger Qualitätsprodukte“ hat zum Ziel, den
428 Metropolenraum für alle landwirtschaftlichen Produkte
430 Brandenburgs zu erschließen. Wir wollen deswegen dieses
432 Aktionsbündnis hervorheben, das dazu beiträgt, die lokale
434 Produktion von Nahrungsmitteln zu stärken, die regionalen
436 Wertschöpfungsketten auszubauen und den Berliner Markt für
438 Agrarprodukte aus Brandenburg mittelfristig beim ansässigen
440 Lebensmittelhandel zu erschließen. Dafür sehen wir einen
442 Förderfonds vor, für den auch EU-Programme genutzt werden.

**Schlüsselvorhaben 4:
Aktionsbündnis zur Vermarktung
von Qualitätsprodukten der
brandenburgischen Landwirtschaft**

443 Diesem Aktionsbündnis gehören wirtschaftliche und politische Akteure sowohl aus Brandenburg als
444 auch aus Berlin an, so wie bereits bei der Initiative „Mark und Metropole“, In einem Politikbereich, der
445 für Brandenburgs Entwicklung sehr bedeutsam ist, würde somit auch eine echte Kooperation mit
446 Berlin erfolgen – im langfristigen Interesse beider Länder.

447

448 **Forstwirtschaft**

449 Brandenburg ist ein walddreiches Land. Diesen Reichtum nachhaltig zu bewahren, ergibt sich aus
450 seinen Funktionen als Rohstofflieferant und als Erholungsraum sowie seiner Fähigkeit CO₂ zu binden.
451 Wir lehnen die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab. Die Erschließung der Holzreserven vor
452 allem im Kleinprivatwald muss unterstützt und die Unveräußerlichkeit des Landeswaldes gesichert
453 werden. Wir werden ein umfassendes Projekt auf den Weg bringen, das den Forst- und Holzsektor
454 allseitig entwickelt. Es geht um die Nutzung der natürlichen Potenziale, den Aufbau einer
455 Forstverwaltung, die sich hinsichtlich Struktur und Umfang an den zu erfüllenden Aufgaben und
456 Perspektiven misst statt an einseitigen Einsparvorgaben, denen immer weitere Stellenkürzungen
457 folgen. Im Landeswald sollen Gemeinwohleleistungen wie Waldumbau, Waldpädagogik und Naturschutz
458 in besonderem Maß erbracht und eine zuschussfreie Holzbewirtschaftung erreicht werden. Dazu
459 bedarf es einer leistungsstarken modernen Landesforstverwaltung.

460 Gleichermaßen sind Gartenbau, Fischerei und die Jagd als Bestandteile der Agrarpolitik so zu fördern,
461 dass durch eine nachhaltige und umweltgerechte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen ein
462 aktiver Beitrag für Arbeit und Leben im ländlichen Raum geleistet wird. Wir streben an, dass die
463 Verwendung von bleihaltiger Munition in der Jagd schrittweise reduziert wird.

464

465 **Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial**

466 Große Krisen sind immer auch der Auftakt zu neuen Entwicklungsetappen. Der jetzt gescheiterte
467 Finanzmarkt-Kapitalismus ist nicht zu reparieren, die alte Industriestruktur nicht ewig durch
468 Abwrackprämien für alte Autos aufrecht zu erhalten. Nach der Krise muss es nicht nur andere Autos,
469 sondern muss es ein neues Wirtschaften geben, muss ein neuer, ein ökologischer und sozialer
470 Entwicklungspfad beschritten werden.

471 Wir wollen eine Landesregierung, die sich der Herausforderung von nachhaltiger Entwicklung stellt
472 und endlich - wie in anderen Bundesländern auch - eine Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg
473 konzipiert und konsequent umsetzt. Dazu bedarf es zum einen der Weiterführung, Stärkung und
474 Aufwertung des "Beirates für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz". Zum anderen ist es
475 erforderlich, die Erarbeitung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu
476 begleiten (z. B. über einen parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung) und Akteure aus der
477 Zivilgesellschaft an diesem Prozess zu beteiligen. Das System der brandenburgischen
478 Großschutzgebiete ist eine Erfolgsgeschichte. Sie sind Modellregionen nachhaltiger regionaler
479 Entwicklung und bieten Möglichkeiten für den Tourismus, die Landwirtschaft und für klein- und
480 mittelständische Betriebe. Sie sind auf weitere geeignete Gebiete, wie die mittlere Havel, auszubauen.

481

482 **Energiewende forcieren**

483 Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und wissenschaftlicher Erkenntnisse über den
484 unmittelbaren Zusammenhang zwischen weiter steigenden Treibhausgasemissionen und
485 zunehmender globaler Erwärmung geht es für Brandenburg vor allem um mehr Konsequenz bei der
486 notwendigen und möglichen Energiewende.

487 In Brandenburg gibt es einen Energiemix aus der traditionellen Braunkohleverstromung einerseits und
488 erneuerbaren Energien wie z. B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und Geothermie andererseits.
489 Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren deutlich
490 stärker geworden ist, während die Stromgewinnung aus Braunkohle - vor allem für den Export - ihre

491 Bedeutung behielt.
492 Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren Energien
493 vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und Einsparpotenziale
494 sichern sie die künftige Stromversorgung, schonen das Klima und schaffen zudem neue
495 zukunftssichere Arbeitsplätze. So können ländliche Räume neben der Nahrungsgüterproduktion auch
496 mittels Erneuerbarer Energien neue Zukunftsperspektiven erhalten- der Anbau nachwachsender
497 Rohstoffe verbessert die Ertragslage der Land- und Forstwirtschaft.

498 Jedoch ist die Produktion von Biomasse begrenzt durch die zur Verfügung stehende Bodenfläche und
499 die Flächenerträge und ist deshalb behutsam voranzutreiben. Die stoffliche und energetische Nutzung
500 von Biomasse muss Nachhaltigkeits-Kriterien gerecht werden. Der Ausbau von Windkraft- und
501 Biomasseanlagen darf nicht mit nachteiligen Folgen für die Lebensqualität der Menschen und die
503 Umwelt verbunden sein und ist mit den Menschen in den betroffenen
505 Regionen zu entwickeln. Stärker als bisher sind Solar- und Geothermie zu
507 fördern und insbesondere bei Gebäuden auf Energieeinsparung,
509 Solaranlagen und Wärmepumpen zu orientieren.

511 Für diesen Vorrang der Erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender
513 landesrechtlicher Regelungen. Zudem sind Erneuerbare Energien aber
515 nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch
516 ihre vorwiegend dezentrale Nutzung gleichfalls Bürgernähe, regionale Wertschöpfung und fordern
517 kommunale Initiativen heraus.

518 Perspektivisch ist es möglich, die Stromerzeugung im Energieland Brandenburg zu 100 % auf
519 Erneuerbare Energien umstellen. Daran wollen wir arbeiten.

520 Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu vollziehen,
521 was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere Braunkohle-
522 Vorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres Landes - darunter das
523 durch den Raubbau der vergangenen 150 Jahre auf nur noch wenige Ortschaften begrenzte
524 angestammte Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden). Ihr Abbau schädigt den Grundwasserhaushalt für
525 Jahrhunderte, ihre Verbrennung ist energetisch wenig effektiv und beschleunigt den Klimawandel
526 durch den Ausstoß von Millionen Tonnen Kohlendioxid. Selbst die geplante CO₂-Abscheidung und -
527 Speicherung (CCS-Technologie) bietet u. E. keinen strategischen Ausweg, sondern ist mit hohen
528 Kosten verbunden, verschlingt selbst viel Energie. Nach wie vor gibt es ernsthafte ungeklärte Fragen
529 zum Transport und zur Endlagerung der Gase. Dazu kommt, dass die Landesregierung für ihren
530 Ansatz, die weitere Braunkohleverstromung nur dann zu ermöglichen, wenn die Kohlendioxid-
531 Abscheidung funktioniert, bislang keine rechtliche Verbindlichkeit hergestellt hat. Zudem wäre diese
532 Art von Stromgewinnung mit weiteren Umsiedlungen von Menschen in der Lausitz verbunden.

533 Aus all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der
534 Braunkohleverstromung bis spätestens 2050 ein. Wir wollen keine neuen Braunkohletagebaue.
535 Brandenburg muss sich zudem für eine Reform des Bundesberggesetzes einsetzen, bei dem die frühzeitige
536 Berücksichtigung der Belange Betroffener verankert und die derzeitige Pflicht zur Genehmigung von
537 Bergbauvorhaben abgeschafft wird. Das Land darf in Verantwortung für die Zukunft keine Ressourcen
538 verschenken. Es muss deshalb die bergrechtliche Förderabgabe auch für Braunkohle erhoben bzw. der
539 rechtliche Rahmen dafür geschaffen werden. Bei der unterirdischen Verpressung von CO₂ muss sich
540 Brandenburg dafür einsetzen, dass Verursacher und Profiteure die Haftung für Risiken nicht auf den
541 Landeshaushalt abwälzen können. Der mit der Verpressung verbundene ressourcenverbrauch muss dem
542 verursacher in Rechnung gestellt werden, anstatt öffentliche Gelder für die Erprobung der riskanten
543 Technologie einzusetzen.

544 Für eine begrenzte Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung den
545 Grundlaststrom auf wesentlich umweltschonendere Art als Braunkohle-Kraftwerke bereitstellen.

546 Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die
547 grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen.

548 Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit

Schlüsselvorbaben 5: Vorrang für Erneuerbare Energien

549 brandenburgischen Klimaschutzziele und der Bewahrung lebendiger Landschaften verbindet, die
550 nachhaltige Innovationen fordert und den erforderlichen Strukturwandel, vor allem in der Bergbau-
551 Region Lausitz, mit sozialer Verantwortung gestaltet.

552 Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Der Weg
553 dorthin führt über den von uns vorgeschlagenen Brandenburgischen Energiedialog.

554 **Umweltschutz durch Konversion plus Beschäftigungsförderung**

555 Wir haben es in Brandenburg bereits erlebt: Ökologisches Handeln kann Ausgangspunkt für eine
556 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. So entstanden durch die Renaturierung der ausgekohlten
557 Lausitzer Braunkohlereviere nicht nur neue Kulturlandschaften, sondern auch Räume mit hoher
558 touristischer Attraktivität. Einer besonderen Bedeutung kam diesbezüglich der Lausitzer und
559 Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zu. Unser Anliegen ist es, die
560 LMBV als öffentliches Unternehmen zu erhalten. Die LMBV verfügt über einzigartige Kompetenzen im
561 Bereich der Sanierung und Renaturierung von devastierten Flächen und Arealen. Diese Kompetenzen
562 gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln.

563 Brandenburg bringt hier Erfahrungen ein, die einzigartig sind. Es gibt in Deutschland außer der LMBV
564 kein weiteres Beispiel dafür, wie sich aus einer Beschäftigungsfördergesellschaft ein industrieller Kern
565 entwickelt hat.

566 Auch die Konversion hat sich in Brandenburg zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über
567 Jahrhunderte war das Territorium unseres Landes Schauplatz deutscher und europäischer Kriege und
568 ein riesiger Militärstandort. Die Folgen spüren wir noch immer – bis in den Alltag vieler Regionen
569 hinein. Mittlerweile wurde ein Großteil der ehemals militärischen Liegenschaften von rund 100.000
570 Hektar in zivile Projekte umgewandelt. Knapp 2 Mrd. Euro wurden im Rahmen von Förderprogrammen
571 des Bundes, des Landes und der Europäischen Union in hiesige Konversionsprojekte investiert.

572 Trotz der bisher erreichten Ergebnisse bleibt Konversion weiterhin eine landespolitische Aufgabe. Im
573 Land gehen von munitionsbelasteten und mit Kraft- und Schmierstoffen verseuchten Altflächen und
574 Liegenschaften, wie der Lieberoser Heide, noch immer Bedrohungen für Menschen und Umwelt aus.
575 Städtische Brachflächen prägen nach wie vor das Bild vieler Kommunen. Noch immer befinden sich
576 ca. 15.000 ha, das sind rund 180 Objekte, im Bestand des Liegenschaftsvermögens. Konversion ist
577 ein konkreter Beitrag zur regionalen Strukturpolitik. Vorhandene Bausubstanz und Infrastruktur
578 werden als Ressource mobilisiert und von militärischer Nutzung befreiter Naturraum kann
579 umweltgerecht behandelt werden. Das erschließt neue wirtschaftliche Felder.

581 In Brandenburg besteht also weiterhin ein Bedarf an Konversion. Wir
582 wollen deshalb die Renaturierung der restlichen Militärbrachen in Angriff
583 nehmen. Hierfür können wir Mittel aus dem Operationellen Programm des
584 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der EU-Förderperiode
585 2007-2013 einsetzen. Es handelt sich dabei um zirka 21 Mio. €. Dafür
586 muss das Land die Kofinanzierung gewährleisten, was auch mit Mitteln
587 aus Verkauf und Vermietung des Liegenschaftsvermögens gesichert
588 werden könnte.

**Schlüsselvorbaben 6:
Renaturierung der
verbliebenen Militärbrachen**

595 Konversion im Land Brandenburg bedeutet aber auch, endlich Klarheit über die Verwertung solcher
596 Konversionsflächen zu schaffen, bei denen – wie z. B. in Sperenberg – der Bund Verantwortung trägt.
597 Konversion im Land Brandenburg bedeutet auch die Integration der innerstädtischen
598 Konversionsliegenschaften in die städtebaulichen Konzepte und die Stärkung der brandenburgischen
599 Konversionswirtschaft.

600 Die konsequente Fortsetzung der Konversion im Land Brandenburg schließt für uns ein klares Nein zu
601 einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Dort sollen keine komplexen
602 Kriegsszenarien geübt werden, die anderswo in der Welt Hass und noch mehr Terror statt Frieden
603 bringen. Das Verbot der militärischen Nutzung hat eines der ganz wenigen störungsarmen Areale
604 geschaffen, das bewahrt werden sollte. Wir fordern den Verzicht auf die militärische Nutzung und die
605 sofortige Freigabe der geplanten 220 Mio. Euro Bundesmittel für die Beräumung des Gebietes sowie
606 seine Rückgabe an die Region.

607

608 **Verantwortung für die Natur**

609 Prognosen zum Klimawandel zeigen, dass es in Brandenburg auch künftig gerade während der

610 Vegetationsperiode weniger regnen wird. Wir müssen also die Art und Weise ändern, wie wir mit
611 Wasser umgehen – wir brauchen neue Zielsetzungen für die ökologische und nachhaltige
612 Bewirtschaftung des Landschaftswasserhaushaltes und ein Wassereinsparkonzept. Das Wasser darf
613 nicht mehr nur einfach schnell abfließen, sondern soll lange in der Landschaft verweilen. Wir
614 unterstützen die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, Brandenburgs Gewässer in einen
615 ökologisch und mengenmäßig guten Zustand zu bringen. Gleichzeitig sind die Kosten der
616 Gewässerunterhaltung zu senken und die Umlage gemäß novelliertem Wassergesetz stärker nach dem
617 Vorteilsprinzip auszurichten. Wasser ist ein derart wichtiges Allgemeingut, dass es weder als
618 Lebensgrundlage privatisiert noch in Form von Gewässern veräußert werden darf. Die finanziellen
619 Vergünstigungen durch eine Entgeltbefreiung bei der Wasserentnahme für die Braunkohleförderung ist
620 abzuschaffen.

621 Die Landwirtschaft wird dennoch Pflanzen brauchen, die unter veränderten Umweltbedingungen
622 gedeihen. Innovative Pflanzenzüchtung kann die Landnutzung und Wertschöpfung im ländlichen Raum
623 stärken. Das ist eine Zukunftsaufgabe mit Langzeitcharakter. Daraus ergibt sich kein Freibrief für die
624 Agrogentechnik. Im Gegenteil: DIE LINKE bleibt bei ihrem strikten Nein zu dieser Risikotechnologie.

625 In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich die Erwartungen, die mit dem Einsatz von
626 gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) verbunden sind, nicht erfüllen. Vielmehr werden Landwirte
627 in die Abhängigkeit einer Technologie gebracht, deren negative Auswirkungen nicht absehbar sind.
628 Wir setzen uns für ein Land Brandenburg als gentechnikfreie Region und ein Anbau- und
629 Verbreitungsverbot ein – gerade auch weil die anbietenden Konzerne nicht umfänglich haften, kein
630 unabhängiges Langzeitmonitoring, keine durchgängige Kennzeichnung der Futter- und Lebensmittel
631 und somit keine echte Wahlfreiheit für Erzeuger und Konsumenten gesichert sind. Statt für
632 Monokulturen setzt sich DIE LINKE für eine gute fachliche Praxis mit Fruchtfolgen und schonender
633 Bodenbearbeitung ein. Es geht um mehr als nur das Abwenden eines Imageschadens, es geht um die
634 Akzeptanz Brandenburgs als Natur- und Reiseland und als Spitzenreiter im ökologischen Landbau. Wir
635 unterstützen gentechnikfreie Regionen.

636 Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen
637 naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu nutzen.
638 Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu entwickeln. Dazu sind
639 sanfter Tourismus, Umweltbildung und die insbesondere auch personelle Stärkung der
640 brandenburgischen Großschutzgebiete zur Standortsicherung unerlässlich. Natur hat ein Wert an sich.
641 Der Schutz von Arten und Biotopen lässt sich nicht gegen Wirtschaftswachstum und Bautätigkeit
642 aufrechnen. Ohne intakte Umwelt, ohne funktionierenden Landschaftswasserhaushalt und ohne
643 notwendige Anpassungsstrategien zur Vermeidung oder zumindest Abmilderung von
644 Klimaveränderungen stellt sich jeder Fortschritt aufgrund der spezifischen brandenburgischen
645 Bedingungen selbst in Frage.

646 Ein wichtiges landschaftsprägendes Element Brandenburgs – die Alleen – sind bedroht. DIE LINKE
647 setzt sich für eine Neufassung des Alleekonzeptes mit dem Ziel ein, dass der Alleenbestand jederzeit
648 gesichert ist und nicht, wie gegenwärtig geplant, eine zwischenzeitlich massive Reduzierung der Zahl
649 der Alleebäume in Kauf genommen wird. Zur Sicherung des Alleenbestandes fordern wir die
650 Einrichtung eines Alleenfonds.

651

652 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder.**
653 **Bezahlbare Lebensumstände für alle**

654

655 **Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle**

656 Selbst das Sozialministerium musste es zugeben: Etwa jeder sechste ist in unserem Land von Armut
657 bedroht. Das betrifft fast eine halbe Million Menschen. Und die Berechnungen beziehen sich auf die
658 Zeit vor der großen Krise.

659 Vieles von dem, was hier politisch getan werden kann, liegt in den Händen des Bundes, nicht der
660 Länder. Die Hartz-Gesetze waren und sind Bundesgesetze – doch Brandenburgs Regierung hat
661 dagegen nie ernsthaft etwas unternommen. Eine rot-rote Landesregierung kam 2004 gerade deshalb
662 nicht zustande. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – ohne Wenn und Aber! An seine Stelle muss
663 eine bedarfsdeckende Mindestsicherung treten: Nicht Armut per Gesetz – sondern die
664 Wiedereinsetzung eines Sozialstaates, der vor Armut schützt, soziale Ausgrenzung verhindert und
665 Menschen würdig behandelt.

666 Brandenburg hat sich mit der derzeitigen Landesregierung zu viele Fesseln für ein erkennbares
667 politisches Agieren auf der Bundesebene auferlegt. Unser Land muss künftig aber im Bund klar seine
668 Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn erheben, sondern sich auch ebenso deutlich für
669 weitere Schritte gegen Armut und Armutsrisiken einsetzen. Notwendig ist eine Grundsicherung für
670 alle, die Armut verhindert. Die Regelsätze müssen schnellstmöglich aufgestockt werden – vor allem
671 für Kinder. Das Rentenniveau ist zu sichern, der Rentenwert (Ost) auf Westniveau anzuheben. Wir
672 brauchen ein Bundesgesetz, damit Praktika nicht mehr als Deckmantel für Dumping-Löhne für
673 Berufseinsteigerinnen und -einsteiger missbraucht werden können. Auf der Tagesordnung stehen
674 bundesgesetzliche Regelungen, die einkommensschwache Haushalte durch den Erlass von
675 Grundgebühren o. ä. gegen explodierende Energiekosten schützen.

676 Um gerade in Krisenzeiten das schnelle Abrutschen der Arbeitslosen in Hartz IV zu verhindern und die
677 Binnenkaufkraft in der Phase des konjunkturellen Abschwungs nicht weiter zu schwächen, wollen wir
678 dringend eine 24-monatige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

679 Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde durch die
680 Hartz-Gesetze stark beschleunigt. Insbesondere Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen. Diese
681 Einfallstore für Niedriglohnbeschäftigung müssen geschlossen werden. Die Durchsetzung des Prinzips
682 gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen
683 Befristung, die volle Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde und die
684 Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes sind unverzichtbar.

685 Im Lande selbst ist dafür zu sorgen, dass materielle Armut nicht in Ausgrenzung mündet. Das beste
686 Mittel dafür ist der Weg zurück in Existenz sichernde Erwerbsarbeit – Fortbildung und Umschulung für
687 Erwerbslose hat deswegen einen hohen Stellenwert. Wir schlagen ein Sonderprogramm
688 Fachkräftequalifizierung von Schulabschluss bis Rente unter Berücksichtigung der Gleichstellung von
689 Mann und Frau vor.

690 Um die gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern, setzen wir uns für Familienpässe und Kulturtickets
691 ein. Menschenwürde und Wohnen gehören eng zusammen. Wir brauchen in Brandenburgs Kommunen
692 Wohnungssegmente, die für einkommensschwache Haushalte vorgehalten werden.

693 Ein großer Erfolg war, dass wir 2008 im Bündnis mit anderen über eine Volksinitiative ein Sozialticket
694 durchsetzen konnten. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine Grundvoraussetzung für die
695 Integration in der Arbeitswelt, für den vollwertigen Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge und für
696 die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität muss daher buchstäblich für Jede(n) zugänglich
697 sein.

698 Wir nehmen daher eine Einschränkung von Mobilität in Beruf, Arbeitssuche, Kultur und Freizeit
699 aufgrund eines geringen Einkommens nicht hin. Daher wollen wir das Sozialticket (Mobilitätsticket)
700 über das Jahr 2010 hinaus weiterführen und sozial gerechter ausgestalten:

701

702 Wir werden ein Sozialticket – vergleichbar dem Seniorenticket – auf den Weg bringen, das allen
704 Beziehern von Arbeitslosengeld II und ähnlich niedrigen Einkommen die
706 Nutzung des gesamten öffentlichen Regionalverkehrs im Raum Berlin-
708 Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat ermöglicht. Von diesem
710 Ticketpreis sollen mindestens 20 Euro von der Agentur für Arbeit als
712 zusätzliche Mobilitätspauschale zur beruflichen Neuorientierung getragen
714 werden. Zu deutlich abgestuften Preisen soll das Ticket auch als
716 Tagesfahrkarte und für Teilräume erhältlich sein.

717

718 **Kinder vor Armut schützen**

719 In Brandenburg wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des Landes ist
720 sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. Wir halten das für einen Skandal und werden uns damit
721 nicht abfinden – im Wissen darum, dass auch dieses Problem nicht zuletzt ein Resultat der verfehlten
722 Sozialpolitik der letzten beiden Bundesregierungen ist. Also müssen Veränderungen in den
723 bundesweiten Regelungen erfolgen.

724 Wir wollen deshalb eine Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder im Bundesrat auf den
726 Weg bringen. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe und keine
728 „preiswerten“ Erwachsenen. Ihr Bedarf muss eigenständig ermittelt werden
730 und darf nicht wie bisher eine prozentuale Ableitung vom Regelsatz für
732 Erwachsene sein.

734 Wir schlagen vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die
736 regelmäßig den Bedarf von Kindern und Jugendlichen berechnet und
738 Empfehlungen zu dessen Sicherstellung formuliert. Bis zur Bestimmung des
740 altersspezifischen Bedarfs für Kinder und Jugendliche orientieren wir uns an
741 den Vorgaben der Sozial- und Familienverbände. Demnach sollten die bis 5- jährigen 276 Euro und 6-
742 13-jährige 332 Euro (bisher 211 Euro) erhalten und die 14-bis-17- jährigen 358 Euro (bisher 281 Euro)
743 bekommen.

744 Das Land steht natürlich auch in Verantwortung, wenn es darum geht, die sozialen und rechtlichen
745 Barrieren für die Kinder abzubauen. Auf der Tagesordnung steht für die LINKE der uneingeschränkte
746 Rechtsanspruch für jedes Kind auf eine hochwertige Kindertagesstättenbetreuung, und dies ganztägig
747 und schrittweise gebührenfrei.

748 Perspektivisch wollen wir erreichen, dass alle Kinder in Kitas und Grundschulen kostenlos ein
749 gesundes Mittagessen erhalten. Der Einstieg muss jetzt erfolgen! Kinder aus sozial bedürftigen
750 Familien müssen zumindest einen Zuschlag für die Kosten eines solchen Mittagessens erhalten.

751

752 **Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen**

753 Bei einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von circa 1500 € in Brandenburg gibt es
754 nicht viel Spielraum. Unser Land liegt damit noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Etwa drei
755 Viertel der Ostdeutschen sagen dazu, dieses Einkommen sei zu knapp und nur mit Einschränkungen
756 geeignet, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In den letzten Jahren hat es eher mehr als weniger Anlass zu
757 dieser Einschätzung gegeben.

758 Um so wichtiger ist es, dass die Landespolitik starkes Augenmerk auf bezahlbare Lebensumstände
759 legt. Deswegen wollen wir dem zunehmenden Anstieg von Gebühren und Beiträgen durch ein
760 Gebühren- und Beitragsbegrenzungsgesetz entgegen wirken. Und wir wollen erreichen, dass Mieten
761 und Nebenkosten bezahlbar gestaltet und gehalten werden. Im Abwasserbereich belasten hohe
762 Gebühren und Anschlussbeiträge wie in keinem anderen Bundesland Bürgerinnen und Bürger sowie
763 kleine und mittelständische Unternehmen. Wir fordern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes
764 für das Land Brandenburg. Beitragsforderungen gegenüber so genannten „Altanschießern“ aus DDR-

**Schlüsselvorbaben 7:
Sozialticket für die ganze
Region und für
Einzelfahrten**

**Schlüsselvorbaben 8:
Initiative zur
armutsfesten
Grundsicherung für
Kinder**

765 Zeiten, die bis Ende 2003 verjährt gewesen waren, dürfen nicht wieder aufleben. Verjäherte
766 Beitragsforderungen müssen verjährt bleiben.

767 Der Aufbau großer zentraler Abwassersysteme mit wenigen Klärwerkstandorten hat sich im dünn
768 besiedelten Flächenland Brandenburg als besonders unwirtschaftlich, unökologisch und unsozial
769 erwiesen. Geblieben sind überdimensionierte Kläranlagen, kilometerlange Leitungsnetze und viele
770 verschuldete Zweckverbände. Wir fordern die Fortführung des Schuldenmanagementfonds für
771 besonders betroffene Aufgabenträger. Wenn das Land aber Geld in die Hand nimmt, dann nicht, um zu
772 strecken, sondern um zu korrigieren. Eine Gesamtoffensive für einen sozial verträglichen Umbau der
773 Wasser- und Abwasserwirtschaft in Brandenburg ist notwendig. Wir setzen uns für eine Lockerung des
774 Anschluss- und Benutzungszwanges im ländlichen Raum ein. Bürgerinnen und Bürger sollen dort
775 zukünftig selbst entscheiden können, ob sie neu an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden oder
776 Wiederaufbereitungsanlagen nach hohen ökologischen Standards betreiben.

777 Auch die Kontrolle und dauerhafte Begrenzung der Energiepreise sind eine zentrale Aufgabe. Strom
778 und Wärme müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Energie ist ein fester Bestandteil der
779 öffentlichen Daseinsvorsorge.

780 Brandenburg darf sich da nicht hinter dem Bund verstecken – vielmehr gilt es, bundespolitisch klar
781 Position zu beziehen: für die Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen
782 durch passende steuerliche Instrumente, durch energetische Sanierung von Wohnraum für
783 Einkommensschwache, für die Entkoppelung der Preisentwicklung der Energieträger Gas und Öl, für
784 eine verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen, für den diskriminierungsfreien
785 Zugang zu den Netzen auch für kleine Anbieter oder für Stadtwerke sowie für die Trennung von
786 Netzbetrieb und Energieerzeugung. Das Landeskartellamt muss entschiedener Energiepreise
787 kontrollieren und korrigieren.

788 Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Brandenburg sich in Zusammenarbeit mit anderen
789 Bundesländern für Änderungen des Mietrechts einsetzt – das betrifft vor allem die Reduzierung der
790 Neuvermietungszuschläge und der Modernisierungskostenumlage sowie ein größeres Gewicht von
791 Bestandsmieten in Mietspiegeln. Die Spirale der steigenden Wohnkosten muss durch solche
792 Änderungen des Mietrechts, durch Reduzierung der kommunalen Gebühren, durch Stärkung der
793 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sowie durch Streichung der
794 Altschulden gestoppt werden. Gerade letzteres schafft für die Wohnungsunternehmen Spielräume für
795 Investitionen und freiwillige soziale Projekte. Bezahlbare Wohnungen für alle Generationen und für
796 Singles, barrierefreies Wohnen und generationsübergreifendes gemeinsames Wohnen sind zu sichern.
797 Mietobergrenzen sollen jene vor Verdrängung schützen, die seit langem in ihrem Kiez wohnen.

798 Bezahlbare Lebensumstände für alle schließen auch ein gerechtes Tarifsystem im Öffentlichen
799 Personennahverkehr ein – über das Sozialticket hinaus. Wir streben eine einheitliche
800 zielgruppenspezifische tarifliche Ausgestaltung im VBB durch Umwelt- /Freizeittickets,
801 Semestertickets, Schülerfreizeittickets, Ferientickets, Senientickets Berlin Brandenburg und
802 Familienpässe an. Diese Möglichkeiten sollen als Monats-, Mehrtages- und Tageskarten und Tickets
803 für Stadtverkehre angeboten werden. Schüler- und Ausbildungstickets wollen wir perspektivisch
804 beitragsfrei gestalten und neben der Beförderung zu den Bildungsstätten auch auf die Freizeit und den
805 gesamten VBB-Bereich ausweiten. Die Finanzierung soll als Landesaufgabe aus dem Verkehrshaushalt
806 erfolgen.

807

808 **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen**

809 Ob in den Bereichen Abwasser, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen, Dienstleistungen oder
810 Umwelt: Überall betrifft der Verbraucherschutz die konkreten sozialen Belange der Menschen. Der
811 Schutz vor gesundheitlichen und sozialen Risiken, vor rechtlichen oder finanziellen Nachteilen muss
812 Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen haben. Lebensmittelskandale, unkontrolliert steigende
813 Energiepreise, unseriöse Finanz- oder Jobangebote, Haustür- und Internetgeschäfte machen deutlich:
814 Das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf umfassende Information und Transparenz muss
815 gewährleistet werden. Informations- und Beratungsstrukturen sind so zu gestalten, dass sie von allen

816 Menschen unabhängig vom sozialen Status genutzt werden können. Wir unterstützen unabhängige
817 Verbraucherorganisationen und setzen uns dafür ein, dass Verbraucherrechte konsequent gestärkt
818 werden.

819 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an**

820

821 **Was wir haben – und was wir brauchen**

822 Menschen brauchen in einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße auf Wissen beruht, mehr denn
823 je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Verfügung über diese Freiheitsgüter
824 entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in
825 sozialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten
826 permanenten Wandels und über die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Das
827 ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung
828 des Raubbaus an der Natur, für die Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, für mehr
829 Toleranz und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

830 Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität. Knackpunkte
831 sind die unzureichende Personalausstattung und die frühe Auslese. Dazu kommt die chronische
832 Unterfinanzierung. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubt nicht, dass dieses
833 Bildungssystem die jungen Leute gut auf das Leben vorbereitet. Zu Recht: 10 % der Schülerinnen und
834 Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss, nur 13,5 % eines Altersjahrgangs erlangen einen
835 Hochschulabschluss. Die Betriebe klagen über Fachkräftemangel.

836 Zunehmend macht sich auch in Brandenburg ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen sozialer
837 Herkunft und Bildungsbeteiligung/Bildungserfolg breit.

838 Wenn die Bildungspolitik nach der Landtagswahl weiterhin von SPD und CDU bestimmt wird, wird sich
839 an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im Wahlkampf zum Trotz. Wir
840 meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.

841

842 **Für ein Höchstmaß an individueller Förderung**

843 Sanierte Schulgebäude, neue Computerkabinette, gut ausgerüstete Labore für den Unterricht in
844 naturwissenschaftlichen Fächern sind nötig und wichtig. Entscheidend für den Bildungserfolg ist
845 jedoch, was in den Klassenzimmern passiert. Wir treten für gemeinsames Lernen und ein Höchstmaß
846 an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwachsenden nach seinen Stärken und
847 Schwächen fördern zu können. Dafür brauchen wir die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte in
848 den Schulalltag und vor allem mehr Zeit für den individuellen Dialog zwischen Lehrer und Schüler.
849 Diese Zeit kann nur gewonnen werden, wenn die Klassen in den Schulen und die Gruppen in den
850 Vorschuleinrichtungen kleiner werden.

851 Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schüler zählt. Die verbesserte
852 Personalausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung zukunftsfähiger
853 Bildungskonzepte. Darüber hinaus muss endlich der Skandal beendet werden, dass Unterricht in
854 Größenordnungen ausfällt bzw. solcher Ausfall mit windigen Notlösungen kaschiert wird. Um dies zu
855 erreichen, muss der Abbau der Lehrerstellen in Brandenburg sofort
856 gestoppt werden. Was für die Schule richtig ist, gilt ebenso für die
858 Kindertageseinrichtungen: Je kleiner die Gruppen, desto mehr
860 persönliche Zuwendung, menschliche Wärme und vorschulischer
862 Bildungsfortschritt.
864

866 Es bedarf dringend einer Verbesserung der Betreuungsrelationen in
868 den Kindertagesstätten. Bei den unter Dreijährigen muss sie
869 zunächst von 1 zu 7 auf 1 zu 6 (eine Erzieherin auf 6 Kinder) und bei den 3- bis 6-jährigen von 1 zu 13
870 im ersten Schritt auf 1 zu 12 abgesenkt werden.

871 Perspektivisch streben wir für die 3- bis 6-jährigen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 an.

872 Mit diesem Projekt wäre ein wichtiger Durchbruch zu mehr Qualität in der Bildung und auch zu mehr
873 Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit getan.

Schlüsselvorhaben 9:
**Keine Schulklasse mit mehr als 24
Schülern .
Besserer Betreuungsschlüssel in
den Kitas**

874 Ein zukunftsfähiges Bildungswesen verlangt jedoch mehr als nur kleinere Klassen. Das beginnt beim
875 Geld. Gerade in Krisenzeiten gilt es, verstärkt in Bildung zu investieren. Nicht nur 4,4 Prozent des
876 brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern 7 Prozent davon müssen in die Bildung
877 fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Bildung von der Kita über die Schule, Ausbildung
878 und Hochschule bis zur Weiterbildung langfristig beitragsfrei wird.
879

880 **Auf den Anfang kommt es an**

881 Auf den Anfang kommt es an: Kinder haben von Geburt an ein Recht auf Bildung, Erziehung und
882 Betreuung. Die **Kindertagesbetreuung** bedarf eines hohen professionellen Niveaus, damit Kinder
883 frühzeitig gestärkt werden, ihre „Weltaneignung“ in einem sozialen Kontext ermöglicht wird.
884 Deswegen halten wir einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für
885 angebracht. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen schon bei vierjährigen Kindern
886 einsetzen. Damit genug Fachkräfte da sind, steht eine Qualifizierungsoffensive an. Die
887 Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir ausbauen.
888

889 **Eine Schule für alle**

890 In der Schule ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam und voneinander
891 lernen. Eine solche **Schule für alle** stärkt die Kompetenzen der besonders leistungsfähigen
892 Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Davon profitieren
893 auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen besonders gut von Kindern. Durch individuelle
894 Förderung werden ungleiche Startbedingungen ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter
895 ausgeprägt. Das ist eine Schule mit einer neuen Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt
896 Selektion. Sie erreicht so zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Lust auf Leistung
897 entsteht durch Freude am Lernen, nicht durch eine Verschärfung von Auswahlverfahren wie
898 Zulassungsbeschränkungen, Sitzenbleiben oder Kopfnoten. Wir setzen auch nicht allein auf
899 Faktenwissen, sondern zugleich auf Methodenkompetenz, Medienkompetenz, Innovationsfreude,
900 Flexibilität, soziale und personelle Kompetenz.

901 Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und Orte der Kommunikation von Kindern
902 und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein. Wohnortnähe von Kitas und
903 Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation von Heranwachsenden mit dem sie
904 umgebenden Wohnumfeld.

905 Daher setzen wir uns für ein integratives Schulsystem in Form der Gemeinschaftsschule ein. In der
906 nächsten Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu verbessern und erste Schritte auf
907 dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen einzuleiten. Unser schulpolitischer Weg für die nächsten
908 Jahre sieht daher folgendes vor:

909 Schulstandorte werden wir sichern, indem wir die Kooperation zwischen Grund- und weiterführenden
910 Schulen mit dem Ziel fördern, sie langfristig zusammenführen zu können. Das System der Flexiblen
911 Eingangsphase (FLEX), in der in den ersten zwei Schuljahren jahrgangsübergreifend unterrichtet wird,
912 werden wir ausweiten, bis es letztlich flächendeckend besteht – bei entsprechender personeller und
913 sächlicher Ausstattung. Die Angleichung der Rahmenbedingungen, wie u. a. Bildungsauftrag in
914 Rahmenlehrplänen und bei der Stundenzuweisung, für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien
915 bis Klasse 10 soll zu mehr Durchlässigkeit beitragen und Schülerinnen und Schülern ermöglichen, bei
916 entsprechenden Leistungen von der Oberschule auf das Gymnasium zu wechseln. Kinder mit
917 sonderpädagogischem Förderbedarf werden wir stärker in den gemeinsamen Unterricht an allgemein-
918 und berufsbildenden Schulen einbeziehen. Dazu bedarf es der Ausbildung und des Einsatzes von
919 deutlich mehr SonderpädagogInnen. So lange sie nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen,
920 werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf neben dem gemeinsamen
921 Unterricht auch an Förderschulen unterrichtet. Wir sorgen für weniger Bürokratie und mehr
922 Eigenverantwortung für die Schulen – dazu gehört auch die Erweiterung der Leitungsfreistellung für
923 Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir schaffen mehr und bessere Ganztagschulen und verbessern die

924 Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe. Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und
925 Berufswahlorientierung an allgemein bildenden Schulen werden wir verstärken.

926 Wir treten für eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe ein, so dass Schülerinnen und Schüler
927 entsprechend ihrem individuellen Lerntempo das Abitur nach zwölf oder dreizehn Jahren ablegen
929 können. Außerdem werden wir Schritte zur Erhöhung der Zahl der
931 Schülerinnen und Schüler einleiten, die pro Altersjahrgang die
933 Schule mit einem Abiturabschluss verlassen.

**Schlüsselvorbaben 10:
Elternbeitragsfreie
Schülerbeförderung**

935 Die Schülerbeförderung ist grundsätzlich elternbeitragsfrei zu
937 gestalten und als Landesaufgabe zu finanzieren.

938

939 **Gutes Personal**

940 Eine gute Schule benötigt eine gute Personalausstattung. Es darf keine weiteren Stellenkürzungen
941 geben – dafür aber eine solide mittelfristige Personalplanung auf der Grundlage der tatsächlichen und
942 zukünftigen Bedarfe. Dazu gehört eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte,
943 um dem drohenden Lehrkräftemangel ab 2013 vorzubeugen. Die Einstellung von mindestens 500
944 jungen Lehrkräften jährlich ist zu sichern. Zu einer auskömmlichen Personalausstattung gehören
945 außerdem mehr SchulpsychologInnen, SonderpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen.

946

947 **Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend**

948 Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbst bestimmte und handlungsfähige Bürgerinnen
949 und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht aus. Deshalb werden wir
950 uns für die Stärkung der Politischen Bildung in allen Schulstufen und Schulformen einsetzen.
951 Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und Gedenkstättenverbände, die RAA und
952 das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen dafür gestärkt werden. Die Voraussetzungen für
953 interkulturelle Bildung zu verbessern, ist uns nach der Verabschiedung des "UNESCO-
954 Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" ein
955 besonderes Anliegen.

956 Brandenburg braucht eine europäische Werte- und Kulturerziehung, die europäische Identität stärkt
957 und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit fördert. Wir unterstützen
958 die Forderung in der „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008). Europapolitischen Bildungsangeboten in
959 allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur
960 einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an unseren Schulen. Europäische Kultur und Geschichte,
961 vor allem die unseres Nachbarlandes Polen, und umfassende Kenntnisse über die Entstehung, die
962 Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine
963 Schule in Brandenburg verlassen. Besonders die Lehrerbildung hat dafür Voraussetzungen zu
964 schaffen. Durch die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit –
965 wie von Europarat und EU angeregt – könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen
966 wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und
967 Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den europäischen politischen Dialog durch
968 mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

969 DIE LINKE will ein Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache im Land
970 Brandenburg auf den Weg bringen und damit den längst überfälligen Beitrag zur Umsetzung der
971 europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische (Wendische) gehört zu den am
972 meisten bedrohten Sprachen – der Europarat hat Brandenburg deshalb 2008 scharf kritisiert. Auf der
973 Grundlage eines solchen Konzepts sind die Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der
974 Sekundarstufe I und II und die Erweiterung des Netzes von sorbischen (wendischen)
975 Kindertagesstätten im angestammten Siedlungsgebiet, vor allem aber die Qualität der sprachlichen
976 Bildung zu sichern. Der weiteren Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger
977 zum Abitur führender sorbischer Schule gilt die besondere Aufmerksamkeit. Nicht nur die Stiftung für

978 das sorbische Volk und die Kommunen, sondern vor allem das Land hat dafür die wesentlichen
979 Voraussetzungen zu schaffen: durch die Erweiterung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten für
980 Lehrer, die Niedersorbisch im Sprach- wie im Fachunterricht auf hohem sprachlichen Niveau
981 vermitteln, und die Erarbeitung sorbischsprachiger Lehr- und Lernmaterialien. Das Engagement der
982 Sorben (Wenden) zum Erhalt ihrer Sprache bedarf dauerhaft der Unterstützung durch das Land.

983

984 Zwischen Schule und Erwerbsleben liegen Berufsausbildung bzw. Studium.

985

986 **Qualifizierte Berufsausbildung**

987 Aus unserer Sicht hat jeder Jugendliche das Recht auf einen voll qualifizierten Ausbildungsplatz. Das
988 sollte in der Verfassung stehen wie im wirklichen Leben Realität sein.

989 Nicht selten erwartet der Arbeitgeber schon zu Beginn der Lehrzeit Kenntnisse und Fähigkeiten, über
990 die die Auszubildenden am Anfang noch gar nicht verfügen können. Deutlich wird hier, dass
991 Auszubildende oftmals als billige Arbeitskräfte angesehen werden. In anderen Fällen werden
992 Auszubildende hingegen für unqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt, statt auf die Ausübung des
993 gewünschten Berufes vorbereitet zu werden.

994 Kern der beruflichen Ausbildung ist für uns nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Wir legen auf
995 beide Seiten wert: Es geht uns einerseits um mehr betriebliche Ausbildungsplätze und andererseits
996 um starke und gute Berufsschulen.

997 Ausbildungsplätze sollen mit ausreichender sozialer Absicherung und guten Übernahmechancen
998 verbunden sein. Die Ausbildungslasten müssen zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und
999 Unternehmen stärker an Ausbildung interessiert werden. Damit sich kleinere Unternehmen an der
1000 Berufsausbildung beteiligen können, streben wir eine Umlagefinanzierung an. Wir wollen zudem dafür
1001 sorgen, dass die Landesverwaltung nicht länger ein negatives Beispiel abgibt. Die Ausbildungsquote
1002 hier ist minimal (1,25 Prozent im Jahr 2007) – wir hingegen orientieren uns an mindestens 6 Prozent
1003 im Öffentlichen Dienst des Landes, der Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften.

1004 Zur Stärkung der Berufsschulen halten wir seitens des Landes eine Berufsschulnetzplanung für
1005 erforderlich, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und bei der die demografischen Probleme
1006 berücksichtigt werden. Berufsschullehrer brauchen ein grundständiges Studium, um die fachgerechte
1007 Ausbildung des künftigen Fachkräftebedarfs abzusichern. Zur Sicherung der Qualität in
1008 Berufsausbildung und Berufsberatung tragen die Wiedereinführung der
1009 Ausbildungseignungsverordnung, regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie
1010 Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen bei.

1011 Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die Berufstätigkeit oder in
1012 eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen Barrieren geprägt. Bildungsgänge,
1013 die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf berufsqualifizierende Bildungsgänge beziehen,
1014 sind abzuschaffen. Schulisch erworbene Qualifikationen müssen im Ausbildungssystem anerkannt
1015 werden. Im Interesse einer besseren Ausbildung von Benachteiligten wäre das Berufsvorbereitende
1016 Jahr (BVJ) durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und
1017 durch effektive Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen.

1018

1019 **Eine neue Hochschulpolitik**

1020 Die Brandenburgischen Hochschulen und das Land haben seit der Wende eine beachtliche
1021 Aufbauleistung vollbracht. Spitzenleistungen in einigen Bereichen von Forschung und Lehre sind Teil
1022 von erfolgreichen Kompetenzfeldern in Brandenburg und tragen somit zur Sicherung der Zukunft
1023 unseres Landes bei. In vielen Bereichen, etwa der Betreuungsrelation oder den Ausgaben pro
1024 Studierendem, ist Brandenburg aber schlecht aufgestellt. Die rasante Entwicklung in Wissenschaft
1025 und Gesellschaft erfordert ungeheure Anstrengungen für eine kontinuierliche Modernisierung der

1026 Hochschullandschaft, damit wir in diesem Bereich Schritt halten können: Brandenburg muss zu einem
1027 sozialen und modernen Hochschulland werden.

1028 Um dies zu erreichen, muss in der Hochschulpolitik umgesteuert und von der SPD/CDU-Koalition
1029 abgelehnte Impulse müssen aufgegriffen werden. Vor allem in fünf zentralen Bereichen gibt es
1030 erheblichen Verbesserungsbedarf:

1031

1032 **Soziales Studium – Soziale Hochschule**

1033 Studiengebühren oder Studienkonten wird es mit uns nicht geben. Darüber hinaus muss ein Rahmen
1034 geschaffen werden, in dem Studierende sozial abgesichert sind und flexibel studieren können. Dazu
1035 gehört eine Studienorganisation, die ein Teilzeitstudium über die gesamte Dauer oder auch für
1036 einzelne Semester ermöglicht. Kinder- und Familienbetreuung, Arbeit neben dem Studium,
1037 ehrenamtliches oder politisches Engagement etc. dürfen nicht zu einer Gefährdung des
1038 Studienabschlusses führen. Die neu eingeführte Fristenregelung im Hochschulgesetz, nach deren
1039 Ablauf Exmatrikulation droht, muss umgehend wieder abgeschafft werden.

1040 Nötig ist kurzfristig eine weitere Erhöhung des BAföG, mittelfristig sollen elternunabhängige und
1041 rückzahlungsfreie Studienhonorare zumindest einen Teil des Lebensunterhalts für die Studierenden
1042 decken.

1043 Stellen für studentische MitarbeiterInnen sollen ausgebaut werden. Sie sind nach einer zu
1044 schaffenden tarifvertraglichen Regelung angemessen und Existenz sichernd zu entlohnen, beispielhaft
1045 verfährt hier Berlin. Die Hochschule darf kein Ort prekärer Beschäftigungsverhältnisse werden.
1046 Daueraufgaben in diesen Bereichen müssen über unbefristete und tarifgerechte
1047 Beschäftigungsverhältnisse abgesichert werden. Zeitweilige Lehraufgaben müssen zusätzlich sein und
1048 auch sie sollen tarifvertraglich geregelt werden. Promovierende sollen grundsätzlich ein
1049 entsprechendes Beschäftigungsverhältnis für die Dauer ihrer Promotion bekommen.

1050 Die in den letzten Jahren finanziell massiv beschnittenen Studentenwerke sollen besser ausfinanziert
1051 werden.

1052

1053 **Qualität der Lehre**

1054 Die Lehre muss in der Bewertung der Leistungen der Hochschulen einen größeren Stellenwert
1055 bekommen. Dazu muss die Betreuungsrelation an den Hochschulen verbessert werden. Nur mit
1056 intensiver individueller Betreuung durch die Lehrenden kann Lehre qualitativ gut sein. Das verlangt
1057 den Aufbau von 250 zusätzlichen Personalstellen im Mittelbau bis 2012.

1058 Die Lehre muss im Schwerpunkt von Lehrenden mit ordentlicher Lehrbefähigung ausgeübt werden.
1059 Die Pflicht zur regelmäßigen pädagogischen und didaktischen Weiterbildung ist gesetzlich zu
1060 verankern. In Berufungsverfahren sollen diese Fähigkeiten in der Gesamtbewertung der
1061 BewerberInnen einen wesentlichen Schwerpunkt bilden.

1062 10 Jahre nach der Bologna-Erklärung stellt DIE LINKE fest, dass die Ziele der Studienreform nicht
1063 erreicht wurden. Das Bachelor-Master-System verschult das Studium, erhöht den Leistungsdruck, ist
1064 sozial selektiver und lässt ein „studium generale“ kaum zu. Aus unserer Sicht muss daher die
1065 Studienreform weiterentwickelt werden.

1066

1067 **Demokratie in der Hochschule**

1068 Hochschulen sind Schauplätze gesellschaftlichen Diskurses. Deshalb ist die gleichberechtigte
1069 Teilhabe aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungsprozessen zwingend erforderlich. Dazu
1070 gehört die viertelparitätische Vertretung der Mitgliedergruppen in allen Entscheidungsgremien.
1071 Studierende sollen als größte Mitgliedergruppe auch in den Hochschulleitungen vertreten sein.

1072 Wir halten es für erforderlich, die Interessenvertretungen der Hochschulmitglieder intensiver und

1073 institutionalisierter in die Hochschulplanung und den Gesetzgebungsprozess auf Landesebene
1074 einzubinden. Die Landesvertretungen der Statusgruppen sollen ein gesetzlich verankertes
1075 Beteiligungs- und Anhörungsrecht für Gesetzgebungsvorhaben im Hochschulbereich erhalten.
1076 Außerdem wollen wir die Bildung von lokalen Hochschulräten, die über externe Mitglieder die
1077 Verankerung der Hochschulen in ihrem Umfeld und der Gesellschaft leisten, insgesamt verbessern.
1078

1079 **Freiheit von Forschung und Lehre**

1080 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, das die Weiterentwicklung der Gesellschaft
1081 insgesamt sichert. Die notwendige kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft darf sich
1082 nicht an kurzfristigen Erfordernissen des Marktes orientieren. Insbesondere darf sich die Zuweisung
1083 von Landesmitteln nicht länger vornehmlich auf Studiengänge konzentrieren, die durch ihren
1084 Praxisbezug ohnehin besonders guten Zugang zu Drittmitteln haben. Auch muss Raum für kritische
1085 Wissenschaft sein. Die Einheit von Lehre und Forschung muss gewährleistet bleiben. Experimente wie
1086 die Lehrprofessur lehnen wir ab.

1087 Zur Freiheit von Forschung und Lehre gehört auch die Freiheit des Studiums. Studierende müssen das
1088 Recht und die Möglichkeit haben, vielfältige Lehrangebote wahrnehmen und dabei Erfahrungen
1089 außerhalb ihres Kernfaches sammeln zu können. Die immer stärkere Verschulung des Studiums im
1090 Rahmen der Studienreform konterkariert das freie Studium und wird von uns abgelehnt.

1091

1092 **Hochschulzugang**

1093 Brandenburg hat eine niedrige Bildungsbeteiligung. Deswegen lautet unser Schwerpunkt: Mehr
1094 Studierende statt zusätzlicher Zugangshürden. Nur durch eine Erhöhung der Studierquote kann dem
1095 drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Bereits in der Schule muss das Interesse für
1096 das Studium geweckt und dafür geworben werden. Die Studienangebote müssen die Wünsche und
1097 Interessen von Frauen stärker berücksichtigen – insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, aber
1098 auch in den Geisteswissenschaften.

1099 Weiterhin müssen die Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen soweit als möglich flexibilisiert
1100 werden. Neben dem Abitur sollen künftig auch der Abschluss einer Ausbildung, entsprechende
1101 Berufserfahrung oder sonstige Eignungsnachweise zum Studium berechtigen.
1102 Zulassungsbeschränkungen in konsekutiven Studiengängen gehören grundsätzlich abgeschafft. Jede
1103 und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die Chance haben, auch den
1104 entsprechenden Master-Studiengang zu belegen, um sich weiter zu qualifizieren. Generell fordern wir:
1105 Der Master ist der Regelabschluss.

1106

1107 **Weiterbildung**

1108 Wieder und wieder ist in Brandenburg von Fachkräftemangel die Rede. Dieser Mangel hat viele
1109 Ursachen. Wir halten es für geboten, ihm mit einer Qualifizierungsoffensive entgegen zu wirken.

1110 Dabei steht mehr zur Debatte als nur eine gesellschaftliche Reparaturmaßnahme. Bildung wird mehr
1111 und mehr zu einem lebensbegleitenden Prozess. Das bedeutet, dass die nach allgemeiner,
1112 universitärer oder beruflicher Erstausbildung einsetzende Weiterbildung zu einem immer wichtigeren
1113 Bestandteil des gesamten Bildungssystems wird. Schon jetzt ist der Weiterbildungsbereich
1114 hinsichtlich seiner Teilnehmerzahlen der größte Bildungssektor. Dennoch kommt er – trotz großen
1115 Engagements von vielen Institutionen und Lehrkräften – noch nicht systematisch und effektiv dem
1116 nach, was sich an gesellschaftlichen und privaten Herausforderungen mit dem „lebensumspannenden
1117 Lernen“ verbindet.

1118 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung grundlegend zu verbessern. Was getan und
1119 unternommen wird, funktioniert besser und erbringt mehr, wenn es sinnvoll vernetzt ist, wenn sich die
1120 Anstrengungen gegenseitig ergänzen und unterstützen. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf

1121 betriebliche Weiterbildung, eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik, Initiativrechte der
1122 Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die Verpflichtung der
1123 Betriebe auf eine laufende Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche
1124 Weiterbildungsförderung. Dazu kommt: Das brandenburgische Weiterbildungsgesetz bietet schon jetzt
1125 mehr, als genutzt wird.

1126 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir das Netz an Volkshochschulen und anderen
1127 Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt erhalten und stützen. Das heißt u. a., dass der in der
1128 Weiterbildungsverordnung benannte Finanzierungsschlüssel von 2.400 Unterrichtseinheiten je 40.000
1129 Einwohner ausgeschöpft wird. Die Förderung je Unterrichtsstunde soll auf 25 Euro steigen. Die
1130 unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten sind bei der Bemessung der Grundversorgung zu
1131 berücksichtigen und die regionalen Weiterbildungsbeiräte zu stärken.

1132

1133 **Kultur für alle gewährleisten**

1134 Angesichts der Unterfinanzierung von Kunst und Kultur im Land Brandenburg, der zunehmenden
1135 Diskrepanz zwischen Metropole und Randgebieten, der demografischen Entwicklung und teilweise
1136 drückender sozialer Probleme stellt sich scheinbar die Frage, ob wir uns Kunst und Kultur überhaupt
1137 noch leisten können. Selbst Bildung wird immer wieder auf den Status eines Standortfaktors oder
1138 Kennzeichen von „Humankapital“ reduziert. Aber der wirkliche Rahmen der Bildung ist die Kultur.

1139 Wir halten auch unter den veränderten Bedingungen in diesem Sinne am Anspruch einer Kultur für alle
1140 fest. Kultureller Selbstausdruck und Teilhabe an Kultur sollen nicht Vorrecht, sondern Möglichkeit für
1141 alle sein. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir uns kulturelle und künstlerische Einrichtungen noch
1142 leisten können, sondern darum, welche neuen und komplizierter werdenden Aufgaben vor
1143 demokratischer Kulturpolitik stehen.

1144 Wir unterstützen die gegenwärtigen Bemühungen, Kultur als Pflichtaufgabe gesetzlich zu verankern.
1145 Kultur als Staatsziel gehört ins Grundgesetz.

1146 Zur Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen bei der Förderung von Kultur gibt es keine
1147 Alternative. Sie ist notwendiger denn je. DIE LINKE setzt sich für eine zeitgemäße Fortentwicklung des
1148 kooperativen Kulturföderalismus ein. Allerdings ist es dazu notwendig, eine tatsächliche Kooperation
1149 zwischen Landesebene und kommunaler Ebene zu befördern und nicht die finanzielle Last immer
1150 mehr auf die Kommunen zu verlagern. Nur so kann erreicht werden, dass auch Kommunen
1151 entsprechende Verpflichtungen verbindlich eingehen. Öffentliche Kulturförderung sollte durch privates
1152 und wirtschaftliches Engagement ergänzt (nicht ersetzt) werden.

1153 Wir sehen das Land in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur
1154 Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die den notwendigen
1155 Aufgaben sowohl im Bereich der Basiskultur als auch der Hochkultur entsprechen. Eine Schließung
1156 sorbischer Kultureinrichtungen, die zu einem großen Teil seit mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht
1157 hinnehmbar. Die sorbischen Medien, insbesondere der DOMOWINA-Verlag und die Zeitungen, müssen
1158 auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der beiden sorbischen
1159 Sprachen leisten.

1160 Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen
1161 Minderheitenabkommen angemessen zu fördern.

1162

1163 **Kulturelle Bildung**

1164 Kulturpädagogische und künstlerische Einrichtungen und Vereine bilden einen Schwerpunkt
1165 kulturpolitischer Arbeit der LINKEN. Das auch in der Fläche des Landes relativ gute Netz von
1166 künstlerischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche soll erhalten werden. DIE LINKE setzt sich
1167 dafür ein, Möglichkeiten zu finden, von der Projektförderung zu einer langfristig angelegten
1168 institutionellen Förderung überzugehen.

1169 Wir werden bis Ende 2010 eine Konzeption Kulturelle Bildung im Land Brandenburg mit dem
1170 Schwerpunkt kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen vorlegen. Damit nehmen wir die
1171 Anregungen der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auf.
1172 Kulturelle Bildung ist konzeptionell wie in der praktischen Arbeit eine ressortübergreifende Aufgabe.

1173 Angesichts der heutigen Medienvielfalt und der Möglichkeiten des Internets ist Medienkompetenz zu
1174 einer Grundfrage selbstbestimmten Lebens und freier Entscheidungsmöglichkeiten geworden.
1175 Kulturelle Bildung muss sich dieser Herausforderung stellen. Medienkompetenz setzt einen
1176 ungehinderten Zugang zum Internet in Schulen, Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen
1177 Einrichtungen voraus.

1178

1179 **Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen**

1180 Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Erinnerungskultur. Gedenken an die von 1933 bis 1945
1181 begangenen Verbrechen, insbesondere an die Vernichtung von Millionen Menschen, muss im
1182 Mittelpunkt dieser Kultur stehen. Wir setzen uns für die (nicht nur) finanzielle Unterstützung heute
1183 noch lebender Opfer ein und fördern den Kontakt der letzten Überlebenden des NS-Terrors zu
1184 Nachgeborenen. Wir plädieren für eine wirkliche Integration der Brandenburger Gedenkstätten der
1185 Verbrechen der Nazis in den Lehrplan. Wir fordern daher die Einrichtung einer Stiftung oder Stelle, die
1186 auch in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten integriert sein kann, die LehrerInnen bei der
1187 Vorbereitung von Gedenkstättenbesuchen unterstützt und eine wichtige Schnittstelle zwischen
1188 Brandenburgs Schulen und den pädagogischen Diensten der Gedenkstätten ist. Über die inhaltliche
1189 Unterstützung hinaus muss der Besuch dieser und anderer Gedenkstätten, auch in anderen Ländern,
1190 durch das Land Brandenburg finanziell gesichert werden.

1191 20 Jahre nach dem Mauerfall fühlen wir uns auch dem Erinnern der DDR und ihrem Scheitern
1192 verpflichtet. Die Konstruktion eines pseudo-wissenschaftlichen Totalitarismuskonzepts, das DDR und
1193 „III. Reich“ als zwei „deutsche Diktaturen“ gleichsetzt, lehnen wir entschieden ab. Wir fordern vielmehr
1194 eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit dem in der DDR begangenen Unrecht, mit
1195 dem Alltag für die BürgerInnen und mit den Gründen ihres Scheiterns – fernab von Nostalgie und
1196 unter Einbeziehung der Erfahrungen und Erinnerungen der BrandenburgerInnen.

1197

1198 **Musikschulen**

1200 Ausgehend von den Forderungen der Fachgremien, die auf eine
1201 zunehmende Schülerzahl an Musikschulen verweisen können, setzen wir
1202 uns für eine grundsätzliche Neuregelung der Finanzierung und
1204 Personalausstattung vom Land anerkannter Musikschul- und
1206 Kunsteinrichtungen ein. Ein novelliertes Musikschulgesetz ist deshalb
1208 notwendig. Ziel dieses Projektes ist es, eine langfristige durch Verträge
1210 gesicherte Arbeit der Musikschulen zu gewährleisten, die sowohl die
1211 musikalische Früherziehung als auch, Breitenausbildung und
1212 Talentförderung berücksichtigt. Außerdem geht es darum, die Aufgaben der Musikschulen zu
1215 erweitern und Musikschulen noch stärker mit Kindergärten (Kindertagesstätten) und Schule,
1216 besonders im Ganztagsangebot, zu vernetzen, um sozialpädagogische Aufgaben noch besser
1217 übernehmen zu können.

1219 Wir würdigen die Aktivitäten unterschiedlicher Fachverbände und setzen uns für eine konstruktive
1220 Unterstützung ein. Das betrifft zum Beispiel den Landesmusikrat, „Jugend musiziert“ oder auch
1221 kleinere Initiativen wie „Bassini“. Wir setzen uns für die Unterstützung und Weiterentwicklung von
1222 Schulensembles und Schulchören ein.

1223

**Schlüsselvorhaben 11:
Neues Musikschulgesetz –
Finanzierung und
Personalausstattung
verbessern**

1224 **Theater und Bibliotheken**

1225 Wir werden alles tun, um die jetzt bestehenden Theater des Landes langfristig zu sichern. Der
1226 Schwerpunkt ist dabei, die Ensemble-Theater zu erhalten. Wir setzen uns für eine bessere
1227 Unterstützung der freien Theater ein.

1228 Wir werden prüfen, ob anknüpfend an gute Erfahrungen mit Schüler- und Jugendtheatertagen an
1229 verschiedenen Einrichtungen die Errichtung einer „Theaterschule“ möglich ist. Hier könnten
1230 brandenburgische Schulen im Rahmen des Unterrichtsfaches Darstellendes Spiel oder
1231 entsprechender Arbeitsgemeinschaften Wochenkurse belegen.

1232 Nach unserer Überzeugung kommt den Bibliotheken im Land Brandenburg bei der Förderung von
1233 generationsübergreifender kultureller Bildung eine herausragende Rolle zu. In Anlehnung an die guten
1234 Erfahrungen mit dem Brandenburgischen Musikschulgesetz wollen wir ein Landesbibliotheksgesetz
1235 auf den Weg bringen.

1236

1237 **Mehr Mut zu Entscheidungen**

1238 Die Abstimmung und Förderung einzelner Kultursparten und Aufgabenbereiche erfordert nach unserer
1239 Auffassung mehr Mut zu Entscheidungen – sowohl innerhalb des Landesressorts Kultur wie auch in
1240 möglicher Auseinandersetzung mit anderen Ressorts. Das gilt für Musik und Tanz, für Museen,
1241 Galerien, Heimatstuben und Heimatvereine, für Literatur, Baukultur, Film und Fernsehen, für
1242 Kulturaufgaben der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, für Kulturfeste und
1243 Kulturstiftungen. Und es gilt bis hin zu internationaler Kulturarbeit.

1244 Im Einzelnen werden wir uns z. B. stark machen für Babelsberg, für das Cottbuser Festival des
1245 Osteuropäischen Film, für die Weiterführung der Cottbuser Kulturstiftung auch nach 2013, für das
1246 Kulturland Brandenburg und auch für die Kulturwirtschaft.

1247 Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden steht weiterhin im
1248 Mittelpunkt unserer politischen Arbeit.

1249 Großes Augenmerk richten wir auf die Unterstützung der bildenden Künste. Wir wollen eine gesetzlich
1250 geregelte Ausstellungsvergütung.

1251

1252 **Medien**

1253 Medien und Kultur gehören auf das Engste zusammen. Medienkommunikation und Information prägen
1254 unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung, bestimmen unsere
1255 Lebensweise mit. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern, Bürgerinnen und Bürger zur
1256 Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen.
1257 Medien müssen der Gesellschaft und dem Einzelnen die Möglichkeit geben, sich umfassend zu
1258 informieren und sich vielstimmig zu artikulieren. Stärkung und Ausbau des öffentlich-rechtlichen
1259 Rundfunks sind eine kulturelle Herausforderung! Seine Aufgaben und sein Stellenwert müssen neu
1260 definiert und der Medienstandort Berlin-Brandenburg gestärkt werden. Dazu gehört neben einer
1261 klugen Förderpolitik für die Kreativwirtschaft das Ringen um den seit langem notwendigen
1262 Finanzausgleich innerhalb der ARD, der für die finanzielle Absicherung des Rundfunk Berlin-
1263 Brandenburg wesentlich ist. Wir treten konsequent für ein neues solidarisches
1264 Rundfunkgebührenmodell ein, welches sozial ausgestaltete Befreiungstatbestände beinhaltet sowie
1265 Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren ausschließt. Der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
1266 muss für alle bezahlbar bleiben.

1267 Im Zeitalter moderner Kommunikation ist der Internetzugang mittlerweile so existenziell wie die
1268 Energieversorgung und öffentlicher Nahverkehr. Als Aufgabe im Rahmen der öffentlichen
1269 Daseinsvorsorge steht DIE LINKE für eine zeitnahe flächendeckende Versorgung im Land Brandenburg
1270 mit Internet.

1271

1272 **4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat**
1273 **stärken, Toleranz leben**

1274

1275 Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab dafür, ob und wie das
1276 gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und Musterregionen hier und da.
1277 Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger dort zurechtkommen, wo sie wohnen,
1278 ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich
1279 gleichbehandelt werden oder nicht. Das reicht von der konsequenten Umsetzung der Ansprüche der
1280 Landesverfassung über die der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union bis hin zur
1281 konsequenten Umsetzung der UNO-Konvention für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen
1282 des gesellschaftlichen Lebens.

1283 Das meinen wir, wenn wir uns wieder und wieder für den Grundsatz unserer Landesverfassung stark
1284 machen, wonach es in allen Regionen Brandenburg gleichwertige Lebensbedingungen geben soll.

1285

1286 **Starke Kommunen**

1287 Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte, Dörfer und
1288 Landkreise.

1289 Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Der Staat darf sich nicht weiter aus der
1290 Fläche zurückziehen. Privatisierungen verbieten sich bei Aufgaben, die im Interesse der Gemeinschaft
1291 unverzichtbar sind.

1292 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden Erfordernissen
1293 anpassen. Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert werden – das muss in
1294 den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können – mit klaren Kompetenzen und
1295 den nötigen Finanzen.

1296 Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und
1297 den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs- und
1298 Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden. Die Strukturen
1299 sind dabei an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu orientieren.
1300 Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und Kompetenzgerangel
1301 zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden. Über moderne
1302 Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen. Grundlage ist das
1303 Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung
1304 der erforderlichen Finanzmittel.

1305 Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Dazu gehört für uns die Stärkung der
1306 kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist in Brandenburg bisher das fünfte Rad am Wagen
1307 der Landespolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunalvertretungen in ihren Entscheidungs-
1308 und Kontrollrechten gegenüber der Verwaltung gestärkt werden, die Möglichkeiten moderner
1309 Informationsverarbeitung und Kommunikation realistisch bewertet und umgesetzt werden, die
1310 Handlungsspielräume für kommunale Unternehmen und Einrichtungen erweitert und der Prozess der
1311 Rekommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmen gefördert wird.

1312

1313 **Zentrale Orte**

1314 Die flächendeckende Daseinsvorsorge wird über das System der zentralen Orte getragen. Der
1315 demografische Wandel, technologische und strukturelle Umbrüche im Wirtschaftsleben, soziale
1316 Verwerfung und veränderte Mobilität erfordern, dieses System auch mit der
1317 Landesentwicklungsplanung den neuen Erfordernissen anzupassen und zukunftsfähig zu gestalten.
1318 Insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen sind viele

1319 zentrale Orte schon heute auf Grund mangelnder wirtschaftlicher Tragfähigkeit nicht mehr in der Lage,
1320 die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu erbringen.

1321 Die Landesregierung versucht, das Problem durch die Auflösung der unteren Kategoriestufe der
1322 zentralen Orte zu lösen. Die Grundzentren sind weggefallen, damit sich die Mittelzentren als
1323 tragfähige funktionale Einheiten konsolidieren können. Damit ist jedoch noch kein Problem wirklich
1324 gelöst. Die Maschen im räumlichen Netz der Daseinsvorsorge werden größer, zugleich bleibt die
1325 ungleiche und dezentrale Verteilung von Kapazitäten mit zentralörtlicher Dimension und Qualität
1326 bestehen. Das Land zieht sich aus weiten Teilen seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück.
1327 So geht es nicht. Wir treten dafür ein, dass die bisherigen Grundzentren für eine Übergangszeit eine
1328 verstärkte Förderung erhalten, damit sie ihre sozialen und Umland-Funktionen wahrnehmen können.

1329 Nötig aber ist ein Systemwechsel.

1330 Aus unserer Sicht basiert ein solcher Systemwechsel auf drei Komponenten:

1331 Zum Ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die jeweils das
1332 gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im Einzugsbereich mit
1333 dem ÖPNV gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere Konzentration auf die
1334 zentralen Orte der einzelnen Regionen sinnvoll.

1335 Zum Zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den Grund-
1336 und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige Träger der
1337 Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der Qualität, Kapazität
1338 und Erreichbarkeit zu entscheiden ist.

1339 Zum Dritten muss die interkommunale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

1340

1341 **Interkommunale Zusammenarbeit**

1342 In Brandenburg gibt es große Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen – und Gemeinsamkeiten
1343 über Kreisgrenzen hinweg.

1344 Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine Zusammenarbeit,
1345 bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte realisieren. Dies
1346 kann neben nur Wasser und Abwasser auch der gemeinsame Betrieb einer Schule oder
1347 Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, die die
1348 Kraft und Kompetenz einzelner Partner übersteigt. Das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit
1349 ist entsprechend anzupassen, die Landkreise müssen dafür Verantwortung übernehmen können.
1350 Projekte interkommunaler Zusammenarbeit hat das Land stärker durch spezielle Förderprogramme
1351 und durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Im Rahmen der Experimentierklausel
1352 wollen wir entsprechende Spielräume schaffen.

1353 Um die Potenziale der Regionen zu entwickeln und zu nutzen, halten wir außerdem eine engere
1354 Koordinierung und Vernetzung der Handlungsstrategien von Wirtschaftsförderung, Landesplanung und
1355 gegebenenfalls der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die Gestaltung von Regionen für
1356 erforderlich. Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen politisch und wirtschaftlich gestärkt und
1357 durch die klare Bestimmung ihrer Aufgaben und die bewusste Nutzung ihrer Erfahrungen stabilisiert
1358 werden. Entscheidungen zur Landesentwicklung gehören unter Parlamentsvorbehalt.

1359

1360 **Auskömmliche Kommunalfinanzierung**

1361 Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen, wenn die
1362 finanziellen Grundlagen stimmen. Derzeit aber entwickeln sich die Verhältnisse immer weiter
1363 auseinander; Schwächen werden nicht mehr ausgeglichen, sondern verschärfen sich. So geht es nicht
1364 weiter. Eine nachhaltige auskömmliche Kommunalfinanzierung ist mit den gegenwärtigen Regelungen
1365 im Finanzausgleichsgesetz nicht gewährleistet. Deswegen muss der kommunale Finanzausgleich
1366 verändert werden. Unser Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes

1367 über die Verbundquote von 20 auf 22,5 Prozent erhöht, der Vorwegabzug von 50 Millionen Euro
1368 abgeschafft und Ausgleichsmechanismen zu Gunsten der finanzschwachen Gemeinden insbesondere
1369 in den ländlichen Gebieten, z.B. durch einen demografischen Faktor, ausgestaltet werden. Damit es zu
1370 einer vernünftigen Neuregelung kommt, müssen die Kommunen selbst und auch der Landtag eine
1371 größere Rolle spielen. Deswegen wollen wir den im derzeitigen Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen
1372 Beirat zu einer Gemeindefinanzkommission aufwerten. Zugleich muss sich das Land auf Bundesebene
1373 konsequent für eine Gemeindefinanzreform einsetzen, durch die der Anteil der Kommunen am
1374 öffentlichen Finanzaufkommen erhöht wird.

1375

1376 **Wohnen ist Menschenrecht**

1377 Zur Verwirklichung dieser Zielstellung sind vielfältige Bedingungen zu erfüllen. Die dynamischen und
1378 strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein komplexes und den sich vollziehenden
1379 Prozessen entsprechendes Handeln. Das Wohnen wird durch die unterschiedlichsten sozialen,
1380 ökonomischen und demografischen Prozesse beeinflusst. Die demografische Entwicklung zwingt zu
1381 notwendigen Korrekturen am Wohnungsmarkt. Deshalb muss der Stadtumbau weitergehen! Aber mit
1382 veränderten Prioritäten - Weg vom Abriss hin zur Aufwertung unserer Städte. Wichtig ist hierbei für
1383 uns, dass die Bürgerbeteiligung an diesem Prozess gefördert wird. Denn: Der Stadtumbau muss Sache
1384 derer sein, die in den Städten wohnen und leben!

1385 In den vergangenen Jahren stiegen die Wohnkosten auch in Brandenburg enorm. In Brandenburg
1386 müssen mittlerweile im Durchschnitt mehr als 30% des Einkommens für die Wohnkosten aufgewendet
1387 werden - mit steigender Tendenz. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Erforderlich sind
1388 u. a. eine Änderung der Mietgesetzgebung, die Reduzierung der kommunalen Gebühren, vor allem
1389 aber die Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen.

1390 Die Wohnungsversorgungssituation im Land ist differenziert zu betrachten. In Brandenburg stehen
1391 sich Regionen mit Wohnungsmangel und Regionen mit großem Wohnungsüberangebot gegenüber.
1392 Dennoch bleibt die Forderung, dass die Wohnraumstruktur dem veränderten Bedarf angepasst
1393 werden muss. Auch hier erfordert der demografische Wandel sich diesen neuen Bedingungen zu
1394 stellen: Wir brauchen Wohnungen für alle Generationen, mit Schwerpunkt auf altersgerechtem
1395 Wohnen und Singlewohnungen.

1396 Eine Grundforderung unsererseits ist die generelle Streichung der Altschulden der
1397 Wohnungsunternehmen. Die Unternehmen zahlen heute ca. 1 € je qm Wohnfläche aus den
1398 Nettomieteinnahmen für die Bedienung der Altschulden. Erst nach Streichung der so genannten
1399 Altschulden werden die Wohnungsunternehmen wieder zusätzliche Spielräume für Investitionen und
1400 freiwillige soziale Projekte haben. Auch angesichts der aktuellen Finanzkrise wäre das ein
1401 bedeutender Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft.

1402 Wir brauchen in Brandenburg ein soziales Marktsegment an Wohnungen.

1403

1404 **Umweltgerechte Mobilität für alle sichern**

1405 Im Flächenland Brandenburg hat die Sicherung von Mobilität für alle Menschen größte Bedeutung.
1406 Denn sie ist wesentliche Grundlage für Lebensqualität und persönliche Freiheit, ist ein Schlüssel zur
1407 Sicherung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe, ermöglicht die volle Teilnahme am
1408 Arbeitsleben, an Bildung und Kultur, am Gesundheitswesen, an demokratischen
1409 Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

1410 Viele Autobahnen und Schienenwege sind in den vergangenen Jahren ausgebaut und modernisiert
1411 worden. Doch trotz einer leistungsfähigeren Infrastruktur blieb die Verkehrspolitik der Koalition auch
1412 sozial und ökologisch unverträglich. Unwirtschaftliche Verkehrsprojekte wie der Havelausbau wurden
1413 vorangetrieben und überdimensionierte Ortsumgehungen gebaut. Die Bedingungen für den
1414 öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurden weiter verschlechtert, der Straßenverkehr wuchs
1415 übermäßig - und mit ihm wuchsen die Umweltbelastungen. Liniennetze des ÖPNV wurden ausgedünnt

1416 und ganze Regionen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Die Fahrpreise im Bereich
1417 des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) stiegen an und für die Schülerbeförderung wurden
1418 Kostenbeteiligungen für die Eltern eingeführt. Das Unfallrisiko auf Brandenburgs Straßen bleibt
1419 unverändert hoch. Die Landesregierung hat den wachsenden Verkehr nur verwaltet, nicht aber
1420 zukunftsfähig gestaltet.

1421 Wir stellen dieser Politik ein Konzept von Mobilität entgegen, das sozialen und ökologischen
1422 Anforderungen gerecht wird. Wir treten für einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik ein, der auf
1423 Verkehrsvermeidung, Verkehrsreduzierung und Verkehrsverlagerung ausgerichtet ist. Ein
1424 umweltgerechtes Verkehrssystem als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge verlangt ein
1425 engmaschiges und flexibles öffentliches Verkehrsnetz, das nicht nur den spezifischen Anforderungen
1426 von Berufspendlern und des Schülerverkehrs gerecht wird, sondern auch Mobilität für Weiterbildung,
1427 Sport, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Naherholung garantiert sowie Kommunikation und Teilnahme an
1428 demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Wir verstehen dieses Netz als Umweltverbund
1429 vom ÖPNV mit dem Regionalverkehr auf der Schiene (SPNV) sowie Fahrrad- und Fußgängerverkehr,
1430 das eine attraktive Umstiegsvariante für Autofahrer und zugleich ein Angebot für naturverträglichen
1431 Tourismus (Rad-, Wasser- und Kulturtourismus) bietet.

1432 Die politische Herausforderung ist angesichts vorhandener Versorgungslücken und Defizite im
1433 öffentlichen Verkehrsnetz groß. Finanziell können wir dies durch Optimierung aller
1434 Finanzierungsströme von EU und Bund sowie durch den zielgerichteten und effektiven Einsatz von
1435 Landesmitteln schultern.

1436

1437 **Verkehrspolitische Kurswechsel**

1438 Ein verkehrspolitische Kurswechsel erfordert energische Schritte zur Stärkung des Bahnverkehrs
1439 durch Infrastrukturverbesserungen im Schienennetz sowie die attraktive Gestaltung der Bahnhöfe in
1440 der Fläche.

1441 Qualitätsverbesserungen im ÖPNV und im schienengebundenen Regionalverkehr durch
1442 flächendeckende Taktzeitangebote, die bessere Vernetzung von Linien/Strecken und Verknüpfungen
1443 der verschiedenen Verkehrsträger sowie der Einsatz von flexiblen bedarfsorientierten Verkehrsmitteln
1444 (z. B. Rufbus) insbesondere im ländlichen Raum sind dringend geboten.

1445 Ein barrierefreier Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist zu gewährleisten. Wir wollen auch die
1446 sozialen Mobilitätsbarrieren durch ein sozial gerechtes Tarifsystem abbauen und vorhandene
1447 Fahrpreisregelungen wie Sozialticket (Mobilitätsticket), Semesterticket, Schülerfreizeiticket,
1448 Ferienticket, Senienticket erhalten, qualifizieren und weiteren Nutzergruppen zugänglich machen.

1449 Beim Straßenbau wollen wir uns gemäß Landesstraßenbedarfsplan auf die Instandsetzung und
1450 Instandhaltung des Straßennetzes und auf die Sanierung kommunaler Straßen konzentrieren. Den
1451 wachsenden Belastungen durch den Lkw-Verkehr auf der Straße muss durch eine konsequente
1452 Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße und durch Optimierung des
1453 kombinierten Verkehrs (Straße, Schiene, Wasser) in den Güterverkehrszentren (GVZ) begegnet
1454 werden.

1455 Wir setzen auf eine Verbesserung des Fahrradverkehrs durch beschleunigten Radwegebau und durch
1456 Erstellung einer Radwegkonzeption, die länderübergreifend die vorhandenen Radwege vernetzt und
1457 auf die Anforderungen verschiedener Nutzergruppen (Berufspendler, Schüler, Touristen, Gewerbe)
1458 zugeschnitten ist.

1459 Auch für Wasserstraßen steht die vorrangige Nutzung der ausreichend vorhandenen Kapazitäten im
1460 Vordergrund. Wir setzen auf eine behutsame Sanierung und Modernisierung von Wasserläufen und
1461 Hafenanlagen. Das Verkehrsprojekt 17 ist endgültig zu stoppen.

1462

1463 **Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen**

1464 Verkehrsbedingte Belastungen wie durch Lärm, Luftschadstoffe (Feinstaub) und CO2 beeinträchtigen
1465 die Gesundheit und schränken die Lebensqualität vieler Menschen ein. Maßnahmen zur Vermeidung
1466 oder Verminderung von Lärm und Schadstoffen müssen primär an der Quelle erfolgen und vorrangig
1467 durch Verkehrsvermeidung, -reduzierung und -verlagerung getrieben sein. Belastungsminderungen wie
1468 etwa bei Lärm erfordern, die Verkehrswege (Straße, Schiene) auf belastungsarme Betriebsweisen
1469 auszuliegen und von vornherein Tempolimits als aktive Präventionsmaßnahme vorzusehen.

1470 Den Belastungen durch Fluglärm ist durch einen großräumigen passiven und aktiven Anwohnerschutz
1471 unter Einhaltung von Nachtflugverboten zu begegnen. Das trifft sowohl für den Flughafen BBI in
1472 Schönefeld mit allein ca. 120.000 davon Betroffenen wie für weitere Verkehrslandeplätze in
1473 Brandenburg zu. Eine attraktive Bahnanbindung an den BBI-Flughafenbahnhof ist schnellstmöglich zu
1474 realisieren, damit ca. 50 Prozent der Fluggäste mit der Bahn an- und abreisen können. Durch
1475 attraktive Fernbahnverbindungen sind Kurzstreckenflugverkehre bis 600 km schrittweise abzulösen.

1476 Die Unfallzahlen im Land Brandenburg müssen drastisch gesenkt werden. Dazu bedarf es eines
1477 umfassenden Verkehrssicherheitskonzeptes, das öffentliche und gesellschaftliche Akzeptanz für das
1478 Thema Verkehrssicherheit schafft und abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Verkehr,
1479 Soziales, Umwelt sowie der Polizei zur Senkung des Unfallrisikos umsetzt. Wir setzen auf einen
1480 gleichberechtigten Umgang aller Verkehrsteilnehmer miteinander im öffentlichen Straßenraum, auf
1481 Prävention statt Repression. Für die Autobahnen streben wir ein generelles Tempolimit von 130 km/h
1482 an; für alle Teilnehmer am Straßenverkehr soll Alkohol tabu sein.

1483

1484 **Gesundheitsversorgung**

1485 Damit Menschen sich in ihrer Region gut aufgehoben wissen, brauchen sie Sicherheit für ihre
1486 gesundheitliche Versorgung. Auch hier ist noch immer viel zu tun. Seit Jahren wird im Land über
1487 Ärztemangel geredet. Die Bürger beklagen immer längere Wege und Wartezeiten; es hat sich kaum
1488 etwas positiv verändert.

1489 Um die Gesundheitsversorgung in allen Regionen zu gewährleisten, muss die Kooperation von
1490 öffentlichen, ambulanten und stationären Leistungen neu gestaltet werden. Das Land hat durch
1491 insgesamt attraktive Lebensbedingungen wie auch durch gezielte Förderung dazu beizutragen, dass
1492 sich wieder mehr Ärzte vor allem in den ländlichen Räume ansiedeln. Wir sind für die Einbindung der
1493 „Gemeindeschwester“ in die gesundheitliche Versorgung. Sie ist zuverlässige Partnerin der
1494 Bürgerinnen und Bürger wie auch der praktizierenden Ärzte vor Ort, aber sie kann kein Ärztersatz
1495 sein.

1496 Große Bedeutung haben in unserem Konzept Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention. Wir
1497 wollen sie zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens entwickeln und den Öffentlichen
1498 Gesundheitsdienst, vor allem im Ausgleich sozialer Unterschiede stärken.

1499 Gesundheit darf keine Ware sein. Wir verweigern eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern und
1500 setzen uns für eine Re-Kommunalisierung ein. Das Land muss die kontinuierliche Finanzierung der
1501 Investitionen zur Modernisierung der Krankenhäuser sicherstellen

1502 .

1503

1504 **Brandenburgs Jugend**

1505 Brandenburgs Zukunft lebt auch davon, welche Perspektive es den heute Jungen geben kann und will.
1506 Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, die Stärkung der Regionen und die stabile
1507 Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes sind die Voraussetzung dafür -aber auch eine
1508 Jugendpolitik im engeren Sinne, die junge Leute animiert, in Brandenburg ihre Zukunft zu gestalten,
1509 also: eine deutlich bessere Jugendarbeit als bisher.

1510 Der Landesjugendplan muss ausfinanziert werden, damit Angebote der Jugendarbeit überall im Land

1511 Brandenburg qualitativ ansprechend und quantitativ befriedigend unterbreitet werden können.
1512 Jugend- und Jugendsozialarbeiter müssen tätig werden können, wie es der Bedarf verlangt. Wir gehen
1513 davon aus, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter bekommt.
1514 Viele Jugendliche möchten sich im Freiwilligen Ökologischen oder Sozialen Jahr engagieren – es
1515 gehört sich einfach, dass dann auch entsprechend viele Plätze angeboten werden.
1516 Der Jugendarbeitsschutz muss erhalten bleiben.
1517 Weit stärkere Anstrengungen sind zu unternehmen, um die soziokulturelle Jugendarbeit zu
1518 unterstützen. Das ist für das Flächenland Brandenburg eine schwierige, aber notwendige Aufgabe.
1519

1520 **Sport**

1521 Gute Freizeitmöglichkeiten und Sport gehören eng zusammen. Mit der durch den Landeshaushalt
1522 festgelegten institutionellen Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, ist ein erster Schritt für eine
1523 stabile und nachhaltige Förderung des Sportes getan. Das muss ausgebaut werden. So soll der
1524 Zugang zu Sportangeboten für Kinder und Jugendliche gebührenfrei sein, da gerade im ländlichen
1525 Raum der Sportverein häufig die einzige Möglichkeit der begleiteten Freizeitgestaltung bietet.
1526 Deswegen wollen wir das Sportfördergesetz in diesem Sinne präzisieren. Sportförderung umfasst den
1527 Breiten- und Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport, Sportwissenschaften und Sportmedizin
1528 sowie die qualifizierte Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und die ständige Qualifizierung
1529 auch im Behinderten- und Rehabilitationssport.
1530 Wir sehen in einer Erhöhung der Landesmittel für Sportstätten einen zwingenden Weg zur
1531 Verbesserung der Sportstättensituation, da sowohl Kommunen als auch Vereine langfristig nicht in
1532 der Lage sind, Sportstätten zu sanieren und zu unterhalten.
1533 Sport ist eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik,
1534 Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und Umweltpolitik.
1535

1536 **Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger**

1537 Brandenburgs Wiedergeburt vor 20 Jahren war Ergebnis eines demokratischen Aufbruchs in der
1538 späten DDR. An seiner Wiege stand die Erfahrung: Demokratie lebt „von unten“, von den Bürgerinnen
1539 und Bürgern her. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die Menschen zur Mitbestimmung einladen
1540 und die Chancengleichheit wahren. Es braucht Gestaltungsspielräume und Gestaltungspotenziale –
1541 und auch ein solides materielles Fundament sowie frei verfügbare Zeit.
1542 Direktdemokratische Verfahren, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, unmittelbar und
1543 maßgeblich an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sollten nicht folkloristisches
1544 Feigenblatt, sondern zentraler Bestandteil jeder Demokratie sein, die sich der eigentlichen Bedeutung
1545 des Wortes verpflichtet fühlt. Sinkende Wahlbeteiligung und die schwindende Akzeptanz der
1546 parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik haben ihren Ursprung auch in den mangelnden
1547 Möglichkeiten zur direkten Teilhabe am politischen Prozess.
1548 Elemente direkter Bürgerbeteiligung können diesem Trend allgemeiner Politikverdrossenheit entgegen
1549 wirken. Gleichzeitig dienen Volksabstimmungen der Kontrolle parlamentarischer Politik. Durch die
1550 direkte legislative Funktion von Volksentscheiden können Gesetze erlassen werden, welche den
1551 Mehrheitswillen der Bevölkerung unmittelbar widerspiegeln.
1552 Aus diesen Gründen fordern wir die Anpassung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative,
1553 Volksbegehren und Volksentscheid. Wir fordern, dass in Brandenburg – genauso wie zum Beispiel in
1554 Berlin, Niedersachsen oder Sachsen – die Unterschriften für ein Volksbegehren auf der Straße
1555 gesammelt werden können. Das Leisten der Unterschrift in einem Amt ist angesichts der Flächen- und
1556 Ämterstruktur in Brandenburg und ohne hinreichenden Nahverkehr eine enorm hohe Hürde für die
1557 BürgerInnenbeteiligung.

1558 Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden: indem sie schon ab 16 an Wahlen
1559 teilnehmen, indem Jugendparlamente eingerichtet und mit praktischem Einfluss ausgestattet werden.

1560 Wir unterstützen und fördern die Einführung von Bürgerhaushalten. Auf dem Weg zur Bürgerkommune
1561 können Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mehr und mehr in die eigenen Hände nehmen.
1562 Bürgerschaftliches Engagement in Beiräten und Bürgerinitiativen muss stärker anerkannt und
1563 gefördert werden.

1564 Wir fordern zudem eine grundlegende Reform der gesamten parlamentarischen Arbeit. Für uns
1565 gehören dazu vor allem mehr Öffentlichkeit in der Parlamentsarbeit, die Erweiterung der Informations-
1566 und Kontrollrechte des Landtages gegenüber der Regierung, die Stärkung der Rolle der Opposition
1567 und eine Neuordnung der Abgeordnetengesetzgebung zur Abschaffung unzeitgemäßer Privilegien.

1568

1569 **Stärkung der Bürgerrechte**

1570 Demokratie setzt Rechtsstaatlichkeit voraus. Wir erleben aber gegenwärtig, wie in einem Klima von
1571 Bedrohungsängsten Überwachungsmöglichkeiten des Staates ausgebaut und zugleich die Eingriffe in
1572 die Grundrechte ausgeweitet werden. Politische Praxis und aktuelle Rechtsprechung höhlen das
1573 Grundgesetz in Kernbereichen aus, sei es der Schutz der Privatsphäre, die Unantastbarkeit der
1574 Wohnung, das Briefgeheimnis und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Unsere
1575 Gesellschaft braucht aber einen starken Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten
1576 und Normen des Grundgesetzes ausrichtet, indem er sowohl der Verwirklichung der Freiheitsrechte
1577 als auch der sozialen Gerechtigkeit dient.

1578 Die jüngsten Überwachungsskandale bei Telekom und Deutscher Bahn haben uns mit aller
1579 Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die Grundrechte der Bürger hierzulande durchlöchert werden. Die
1580 technischen Möglichkeiten sind grenzenlos, wenn es darum geht, persönliche Daten über den
1581 Einzelnen zu sammeln – sei es durch den Staat oder durch private Unternehmen. Die Methoden sind
1582 gleich. Die Motive sind verschieden: unter der Flagge der Terrorbekämpfung für die Sicherheit, zur
1583 vermeintlichen Bekämpfung von Korruption, bei der Überwachung von Sozialhilfeempfängern oder
1584 einfach um zu wissen, wie und was wir konsumieren. Bürgerliche Freiheitsrechte, und dazu gehört das
1585 Recht auf Privatsphäre, sind Kernbestand unseres Grundgesetzes. Diese Rechte aufzuweichen oder
1586 gar einzuschränken, mit welchem Motiv auch immer, gefährdet unsere Demokratie. Bürgerrechte
1587 bedeuten keine Gefahr für die Sicherheit unseres Gemeinwesens, sie sind das Fundament unseres
1588 politischen Systems. Das sagen wir im vollen Bewusstsein unserer zum Teil bitteren historischen
1589 Erfahrungen. Es gibt für uns heute keine Gegenüberstellung von sozialen und politischen Rechten.
1590 Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Einzelnen gehen Hand in Hand. Sicherlich gibt es
1591 Möglichkeiten des Schutzes und der Verhinderung von Datenmissbrauch, wie das Brandenburgische
1592 Datenschutzgesetz und das Gesetz zur Akteneinsicht und zum Informationszugang. Aber wer kennt
1593 seine Rechte, wenn es um Akteneinsicht geht oder Behörden die Informationen unrechtmäßig
1594 verweigern?

1595 Wir wollen die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht in
1597 Brandenburg deutlich stärken. Dazu gehört die Zusammenlegung der
1599 verschiedenen Behörden, die sich mit dem Datenschutz im Land
1601 beschäftigen die Erweiterung der Rechte, die personelle Aufstockung
1603 dieser Einrichtung, die Erhöhung der Transparenz und die
1605 bürgerfreundliche Ausgestaltung dieser Einrichtungen. Dazu bedarf es
1607 keiner umfangreichen Finanzen; politischer Wille ist gefragt, um den
1609 Bürgerrechten auch institutionell den Rücken zu stärken.

1610 Zugleich werden wir uns stärker um den Datenschutz für Arbeitnehmer in Unternehmen kümmern, wo
1611 Überwachung und Datenmissbrauch deutlich zunehmen. Brandenburg soll sich daher auf
1612 Bundesebene für eine Gesetzesinitiative zum Datenschutz der Arbeitnehmer einsetzen.

1613

**Schlüsselvorhaben 12:
Mehr Rechte für den
Datenschutz – und eine starke
Behörde dafür**

1614 **Öffentliche Sicherheit**

1615 Öffentliche Sicherheit entsteht nicht durch aktionistische Ausweitung polizeilicher Eingriffsbefugnisse
1616 und schon gar nicht durch radikalen Personalabbau sowie Schließung von Polizeiwachen. Um die
1617 öffentliche Sicherheit zu stärken, schlagen wir einen anderen Weg als den des bisherigen
1618 Innenministers Schönbohm vor. In einem ersten Schritt soll das unter seiner Federführung zustande
1619 gekommene Polizeigesetz von unabhängiger Seite überprüft werden. Wir wollen eine stärkere
1620 Zusammenarbeit mit Berlin und eine zügige Angleichung des Polizeirechts beider Länder. Das schließt
1621 die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Einsatz ein, die gegenwärtig in Berlin umgesetzt wird.

1622 Wir setzen auf Kriminalprävention durch Sicherung des Sozialstaates. Wir setzen auf einen wirksamen
1623 Ausbau der kommunalen Kriminalitätsverhütung. Wir fordern einen Ausbau des Netzes der
1624 Revierpolizisten und die Präsenz einer bürgernahen Polizei. Große Bedeutung messen wir einer
1625 qualifizierten Aus- und Fortbildung der Polizei bei. Wir setzen uns ein für eine schnelle Verfolgung von
1626 Straftaten und einen Strafvollzug, der zu einem straffreien Leben erzieht. Wir ergreifen die Initiative für
1627 ein brandenburgisches Resozialisierungsgesetz. Besonderen Stellenwert hat für uns die übergreifende
1628 und ursachenbezogene Bearbeitung der Jugendkriminalität.

1629 Die zeitnahe Umsetzung des geltenden Rechts muss für alle gesichert sein. Dazu gehören für uns
1630 auch Gerichte in allen Landesteilen, die materiell und personell ausreichend ausgestattet sind.

1631 Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch ein effektiver landesweiter flächendeckender Brand- und
1632 Katastrophenschutz. Dabei haben aus unserer Sicht die Freiwilligen Feuerwehren einen hohen
1633 Stellenwert. Dazu ist das Konzept der Stützpunkfeuerwehren weiterzuentwickeln und gesetzlich zu
1634 regeln.

1635

1636 **Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen**

1637 Die Mark Brandenburg hat in ihrer langen, widersprüchlichen Geschichte immer dann gute, stabile und
1638 schöpferische Zeiten gehabt, wenn sie auf Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration setzte.
1639 Das ist auch unsere Linie.

1640 Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen,
1641 sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Ziel ist noch
1642 nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind
1643 Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen,
1644 präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit der Brandenburger für Menschenrechte
1645 und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung
1646 und Stärkung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ein. Politisches Handeln muss klare
1647 Zeichen setzen. Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue rechtliche oder
1648 bürokratische Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen
1649 können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und
1650 Bildung klären über Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein. Entscheidend ist
1651 letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut zu
1652 überwinden. Die junge Generation braucht Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit
1653 Offenheit und Selbstbewusstsein durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer
1654 globalisierten Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann
1655 zurückgedrängt werden können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und
1656 den weiter gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen.

1657

1658 **Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

1659 Der Ansatz von Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration taugt nicht als Lippenbekenntnis,
1660 sondern nur als Grundsatz politischen Handelns. So setzen wir uns in Brandenburg für entsprechende
1661 Lebensbedingungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Migrantinnen und Migranten
1662 sollen die gleichen Rechte haben wie alle anderen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Die

1663 Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gehört abgeschafft. Die Bewegungsfreiheit
1664 eines jeden Menschen muss gewährleistet sein. Das Sachleistungsprinzip, wonach Asylbewerberinnen
1665 und Asylbewerber nur mit Gutscheinen einkaufen dürfen, muss landesweit durch Geldleistungen
1666 ersetzt werden. Menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung betrachten wir als
1667 Selbstverständlichkeit. Statt in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften sollten Asylbewerberinnen
1668 und Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden, die für eine Integration in die Gesellschaft
1669 förderlich sind. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen sofortigen Abschiebestopp und die Abschaffung
1670 von Dauerduldung ein, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst leben
1671 müssen, aus ihrer derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.
1672

1673 **Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken**

1674 Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, das Recht des sorbischen Volkes auf Schutz, Erhaltung
1675 und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes durch das Land,
1676 die Gemeinden und Gemeindeverbände zu gewährleisten. Auf diese staatliche bzw. kommunale
1677 Unterstützung haben die Sorben (Wenden) einen Anspruch. Es muss Schluss damit sein, dass ihre
1678 Vertreter diesen Anspruch immer wieder aus einer Bittstellerrolle heraus einfordern müssen. Wir
1679 werden uns deshalb für ein novelliertes Sorben(Wenden)-Gesetz einsetzen, das die Kultur- und
1680 Bildungsautonomie des sorbischen Volkes stärkt. Die Rechte der demokratisch legitimierten Gremien
1681 des sorbischen Volkes gegenüber sorbischen Bildungseinrichtungen müssen erweitert werden. Das
1682 Rederecht des Sorben(Wenden)-Rates im Landtag gehört ebenso in das Gesetz wie verbrieft
1683 Anhörungsrechte für den Fall, dass die Landesregierung durch Gesetze, Rechtsverordnung oder
1684 vertragliche Vereinbarungen Fragen regeln will, die das sorbische (wendische) Volk unmittelbar
1685 berühren. Personalentscheidungen an sorbischen (wendischen) Einrichtungen sollten künftig nicht
1686 mehr ohne Anhörung der gewählten Gremien der Minderheit getroffen werden. Die unwürdigen
1687 öffentlichen Diskussionen der vergangenen Jahre über die Höhe der finanziellen Ausstattung der
1688 Stiftung für das sorbische Volk müssen der Vergangenheit angehören – die Bundesrepublik sowie die
1689 Länder Brandenburg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen Unrechts, das Sorben
1690 (Wenden) über Jahrhunderte in Deutschland erleiden mussten, und wegen der Vernichtung eines
1691 erheblichen Teils des angestammten Siedlungsgebietes in einer besonderen Verantwortung.
1692

1693 **Brandenburg-Berlin – eine Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt**

1694 Wir bleiben dabei: Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region um Berlin. Seine Beziehungen zur
1695 Bundeshauptstadt sind nicht nur in der Form einer Länderfusion denkbar. Wir wollen eine intensive
1696 Zusammenarbeit mit Berlin zum gegenseitigen Nutzen. Was liegt näher, als sich gemeinsam den
1697 wirklich existenziellen Herausforderungen zu stellen, die sich für die gesamte Region aus dem
1698 Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb ergeben. Auf der
1699 Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungslandschaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept
1700 für Wasserversorgung und Klimaschutz, ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der
1701 Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte Kooperation mit benachbarten polnischen
1702 Woiwodschaften. Ein weiteres Potenzial liegt in der Verknüpfung der Förderung von
1703 Zukunftsbranchen. Für die Gestaltung der Zusammenarbeit wollen wir die Erfahrungen aus knapp 20
1704 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz sorgfältig berücksichtigen.

1705 Brandenburg ist nicht nur „im Zentrum des vereinten Europas gelegen“, wie wir es häufig in offiziellen
1706 Regierungsdokumenten lesen. Die Europäische Union beeinflusst das Leben der Bürgerinnen und
1707 Bürger in unserem Lande täglich und unmittelbar. Und die Brandenburger Landespolitik hat die
1708 Kompetenz, europäische Entscheidungen mit zu beeinflussen: über den Bundesrat oder auch vor Ort
1709 in Brüssel.

1710 Die Europäische Union darf nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit sein, sondern sie muss auch
1711 eine soziale werden. Deswegen setzen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel in den Europäischen
1712 Verträgen ein. Wir wollen aber auch im Land mehr tun. Denn Brandenburg kann mehr dazu beitragen,

1713 jene Lücke zu schließen, die heute zwischen „Brüssel“ und den sozialen Problemen der Europäer
1714 klafft. Wenn Europapolitik mittlerweile Innenpolitik ist, dann muss Brandenburg europäischer werden.
1715 Das gilt nicht nur für die Menschen, das gilt zuerst für die Politik, wo eher Provinzialität und Scheu
1716 herrschen, wenn es um europäische Fragen geht. Es mangelt dem Landtag an Mitsprache in diesen
1717 Fragen und es mangelt der Regierung an Initiativen, die die europäischen Möglichkeiten gezielt für die
1718 Entwicklung unseres Landes nutzen. Dabei geht es nicht nur und auch nicht zuallererst um
1719 Förderfonds. Es geht um konkretes Handeln, das über vorhandene Programme und laufende
1720 Aktivitäten hinaus neue politische Akzente setzt.

1721 Die Erarbeitung einer Europäischen Verfassung, an deren Entstehung auch die Brandenburgerinnen
1722 und Brandenburger aktiv mitwirken und über die sie dann in einem Referendum abstimmen können,
1723 steht für uns weiter auf der europäischen Agenda.

1724 Wir meinen: Brandenburg braucht eine europapolitische Offensive. Landtag und Landesregierung
1725 sollten in enger Abstimmung mit unseren Nachbarn in Polen ein „Europapolitisches Programm für ein
1726 zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ erarbeiten, um die Chancen unserer an Oder und
1727 Neiße gelegenen deutsch-polnischen Region in Europa besser zu nutzen.

1728

1729 **Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße**

1730 Nach der EU-Osterweiterung liegt Brandenburg nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern ist Teil
1731 einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze. Dieser Raum
1732 wird von den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Poznań und Wrocław getragen; zugleich ist er
1733 wesentlich für die Entwicklung der ausgedehnten ländlichen Räume.

1734 Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt noch viel zu tun: Die
1735 Konzeption einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes
1736 Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und
1737 Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden
1738 Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen Grenzstädten und die
1739 gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines
1740 Erlebnisraumes Oder-Neiße. Wir wollen die Anstrengungen für einen abgestimmten Natur- und
1741 Katastrophenschutz intensivieren – so kann der Lebensraum von hunderttausenden Menschen für
1742 heutige und nachfolgende Generationen bewahrt werden.

1743 Auch der im Bau befindliche Großflughafen in Schönefeld markiert einen Bereich, in dem dringender
1744 Bedarf für Abstimmung und Koordinierung jenseits nationaler Grenzen besteht.

1745 Mit der Oderpartnerschaft sind wir auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen europäischen Region an
1746 Oder und Neiße. Wir unterstützen dieses Projekt nicht nur mit Absichtserklärungen, wie es andere
1748 Parteien tun, sondern sie wird dieser Initiative sowohl Struktur als auch
1750 Beständigkeit geben. Das könnte zu einer regionalen Institution mit
1752 Entscheidungskompetenzen führen, mit denen die verschiedenen Akteure
1754 vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine solche Initiative,
1756 gemeinsam mit Berlin vorangetrieben, würde brandenburgische Politik
1758 nicht nur europäischer machen, sondern der deutsch-polnischen
1760 Zusammenarbeit einen eigenen brandenburgischen Akzent geben.

**Schlüsselvorbaben 13:
Struktur und Beständigkeit
für die Oderpartnerschaft**

1761 Landtag und Landesregierung müssen sich auf die erhöhten Anforderungen einstellen, die sich aus
1762 der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und Kommunalpolitik in Brandenburg
1763 ergeben. Im Wettbewerb der Regionen sind eine europapolitisch hochqualifizierte Verwaltung und ein
1764 europapolitisch engagierter Landtag wichtige Voraussetzungen.

1765

1766 **Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden**

1767 Brandenburger Landespolitik muss sich wieder stärker in den ärmsten Regionen der Welt engagieren
1768 und so einen eigenständigen Beitrag zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO bei

1769 der weltweiten Bekämpfung von Armut leisten. Die Mitverantwortung unseres Landes in einer
1770 globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die
1771 Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie
1772 die Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige Ansatzpunkte
1773 für eine brandenburgische Nachhaltigkeitsstrategie. Ernsthaftige Politik für ein modernes und soziales
1774 Brandenburg in der Einen Welt muss dabei vor allem jene Gruppen und Netzwerke im Lande
1775 angemessen unterstützen und einbeziehen, die sich engagiert und selbstlos hier und in der Einen Welt
1776 für Entwicklung und Umweltschutz einsetzen. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige
1777 Entwicklung müssen in brandenburgischen Schulen fest verankert werden.

1778 **5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen**

1779

1780 Brandenburg wurde von der Krise unter Bedingungen getroffen, die schon vorher kompliziert waren –
1781 komplizierter als in den Jahren zuvor. Das betrifft insbesondere die finanzielle Lage des Landes und
1782 seiner Kommunen. Bisherige Haushaltskonsolidierungen waren vor allem der positiven
1783 konjunkturellen Situation der letzten Jahre sowie der Reduzierung von Personalkosten geschuldet.
1784 Doch trotz der positiven Konjunktorentwicklung der letzten Jahre ist die Verschuldung des Landes auf
1785 mittlerweile über 18 Milliarden Euro gestiegen. Diese Entwicklung ist kaum zu stoppen – jetzt erst
1786 recht nicht. Steigende Zinsausgaben, immens wachsende Pensionslasten, jährlich sinkende
1787 Solidarpaktmittel, die sich ändernde EU-Förderung (insbesondere im Bereich der Agrar-
1788 Strukturförderung) und die noch nicht einmal voll absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise
1789 – das sind die Realitäten der nächsten Jahre. Die finanziellen Spielräume für eine Politik, die nicht nur
1790 ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verwalten, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem
1791 Gestaltungsanspruch betreiben will, sind vor diesem Hintergrund äußerst eingeschränkt.

1792 SPD, CDU und FDP antworten auf diese Situation mit Konzepten, die alles auf einmal ankündigen und
1793 nichts wirklich sinnvoll werden durchsetzen können: großzügigste Steuersenkungen, gewaltige
1794 kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und strengste Haushaltssanierung gleichzeitig – das passt
1795 einfach nicht zusammen. In dieser Situation schon gar nicht. Der größte Fehler ist der Beschluss, jetzt
1796 per Verfassungsänderung ab 2020 ein Verbot der Neuverschuldung einzuführen. Eine solche
1797 „Schuldenbremse“ wird es daher mit der LINKEN nicht geben. Niemand kann heute die
1798 wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen und Notwendigkeiten innerhalb dieses
1799 Zeitraumes genau genug vorhersehen. Nur eines ist klar: Für Brandenburg z. B. bringt dieser
1800 Beschluss schon ab 2011 zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen an Länder
1801 wie das Saarland und Bremen mit sich.

1802 Eines ist absehbar: Im Zeitraum 2009 bis 2014 wird die Verschuldung des Landes wieder anwachsen.
1803 Genauso klar ist aber auch: Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes darf dadurch nicht
1804 gefährdet werden. Brandenburg darf nicht in den Staatsbankrott geführt werden, sondern muss
1805 Einnahmen und begrenzte neue Kredite so einsetzen, dass damit die Lösung der strukturellen
1806 Probleme in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung und bei den Kommunen angepackt
1807 werden kann.

1808 Unsere Vorschläge in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft und Konversion sind durch einen
1809 neuen inhaltlichen Ansatz zu finanzieren und haben einen effizienteren Mitteleinsatz zur Folge. Der
1810 Finanzbedarf für einen Einstieg in eine sozial und wirtschaftlich ausgewogenen Entwicklung umfasst
1811 150 Millionen Euro. Vorhaben wie die Agrarwirtschaftsinitiative oder der Umbau der Förderlogik
1812 kosten kein zusätzliches Geld, sondern werden durch Veränderungen bei der Verwendung der dem
1813 Land zufließenden Mittel ermöglicht.

1814 Wir sind der Überzeugung, dass mit den im Wahlprogramm genannten Projekten ein finanziell
1815 verantwortbarer Weg beschritten wird. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Lösung
1816 konjunktureller Probleme, sondern um die Auflösung von seit Jahren zu verzeichnenden
1817 Strukturdefiziten für eine nachhaltige Entwicklung des Landes sowie um die weitere Stabilisierung von
1818 Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg.

1819 Diesen notwendigen politischen Entscheidungen können weitere folgen. Voraussetzung dafür ist eine
1820 Bestandsaufnahme der finanziellen Situation Ende des Jahres, die wesentlich vom weiteren
1821 Krisenverlauf und von den politischen Entscheidungen auf Bundesebene geprägt sein wird.

1822 Wir sprechen deswegen von einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß, die wir in Brandenburg
1823 durchsetzen wollen.

1824 Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und
1825 wirtschaftliche Schwerpunkte muss den großen und weiter zunehmenden regionalen
1826 Verschiedenheiten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen werden.
1827 Notwendige Strukturinvestitionen sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen finanziert werden.

- 1828 Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr Beschäftigung sichern künftige
1829 Einnahmen des Gemeinwesens. Existenzsichernde Arbeitsplätze bringen höhere Steuereinnahmen
1830 und senken die Defizite der Sozialkassen.
- 1831 Durch einen Umbau der Förderlogik und -struktur kann Brandenburg auch zukünftig finanzielle
1832 Anreize und Unterstützung bieten. Neben Zuschüssen oder revolvingierenden Fonds wollen wir die
1833 Bürgerschafts- und Beteiligungsprogramme neu gestalten. Wir werden bei der Ausgestaltung von
1834 Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union die Bedürfnisse der brandenburgischen Städte
1835 und Gemeinden besonders berücksichtigen. Damit könnten ca. 100 Mio. Euro an zurückgehenden
1836 Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union inhaltlich kompensiert werden. Die
1837 revolvingierenden Fonds sollten einen Umfang von 250 Mio. Euro umfassen, um auch in der Perspektive
1838 Investitionsförderung und Regionalentwicklung sicherzustellen.
- 1839 Die rigide Personalplanung der Landesregierung ist eine der Ursachen für die vorhandenen
1840 strukturellen Defizite im Land. Sie muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um
1841 Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können. Personalausgaben sind nicht nur
1842 ein Kostenfaktor, sondern auch eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand.
1843 Insbesondere im Bildungsbereich gibt es keine Alternative zu einem Stellenaufwuchs, um
1844 Zukunftsfähigkeit sicherzustellen.
- 1845 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß – das heißt: in die Zukunft investieren, für die Zukunft
1846 konsolidieren und damit in der Gegenwart bestehen.

1847 ***Es ist an der Zeit***

1848

1849 Wir, DIE LINKE in Brandenburg, treten an

1850

1851

1852

1853

1854

1855

1856 ⇒ für Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann,

1857 ⇒ gegen die Armut im Land und für bessere Lebensbedingungen von Kindern,

1858 ⇒ für bezahlbare Lebensumstände,

1859 ⇒ für eine gute Bildung und Ausbildung hier und heute,

1860 ⇒ für Kultur für alle,

1861 ⇒ für ein verlässliches Gemeinwesen,

1862 ⇒ für mehr Demokratie und Teilhabe, für Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

1863 Klar ist für uns:

1864 Wir brauchen einen Politikwechsel!

1865 Es ist an der Zeit, auch in Brandenburg Vieles neu zu ordnen!

1866

1867 Wir laden Sie ein, sich mit unseren Projekten vertraut zu machen, gemeinsam mit uns zu streiten,

1868 Lösungen zu suchen und zu finden – für ein zukunftsfähiges Brandenburg.

1869

1870 Wir bitten um Ihr Vertrauen, weil wir Brandenburg durch die Krise und aus der Krise führen wollen.

1871